

Aus dem Reichstage.

Rede des Reichstags-Abgeordneten
W. Käyser

zu dem
Gesetzentwurfe betreffend die **Abänderung der Gewerbe-
Ordnung** vom 1. Juli 1885 (Vereinsrecht, Verrufs-
erklärungen 2c.) gehalten am 15. Dezbr. 1886.

Rede des Reichstags-Abgeordneten
W. Hasenclever

bei der
Zweiten Lesung der **Militär-Vorlage**, gehalten am
12. Januar 1887.

Nach den amtlichen Neugeographischen Berichten.

Nürnberg 1887.

Druck und Verlag von Wörlein & Comp.

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein.

Erster Gegenstand derselben ist:

erste und eventuell zweite Berathung des von den Abgeordneten Kayser und Genossen eingebrachten Gesekentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 (Nr. 22 der Drucksachen) — Vereine betreffend.

Ich eröffne die erste Berathung und ertheile das Wort zunächst zur Begründung des Antrags dem Herrn Antragsteller, Abgeordneten Kayser.

Antragsteller Abgeordneter **Kayser:** Meine Herren, es ist in der gegenwärtigen Zeit schon ein etwas großes Unterfangen, wenn man für eine andere als für eine Militärfrage ein größeres Interesse der Herren Abgeordneten erwecken will; und der wenig zahlreiche Besuch des Hauses beweist ja, daß ich mit dieser Voraussetzung nicht unrecht habe. Ich bin jedoch überzeugt, daß neben den militärischen Fragen auch noch andere Fragen einen Grund haben berücksichtigt zu werden, und ich glaube, daß die Fragen der bürgerlichen Existenz, der wirtschaftlichen Bethätigung mindestens so wichtig sind für die große Masse der Bevölkerung als die Erörterung nur militärischer Fragen. Ich glaube außerdem, daß gerade die gegenwärtige Situation eine günstige ist, um bestimmte Aufforderungen und Ansprüche an die Regierung zu stellen. Es wird jeder Mensch zugeben, daß, wenn man mit der Leitung einer Einrichtung zufrieden ist, man dann Opfer, welche die Einrichtung erfordert, eher für nöthig hält und viel leichter trägt; und daß, wenn man unzufrieden ist, man natürlich solche Opfer nur gezwungen auf sich nimmt. Der Herr Kriegsminister hat hier an den Patriotismus aller Parteien und aller Personen appellirt, und ich glaube, daß er darum auch Grund hat, bei der Regierung den Einfluß zu üben, nicht dazu beizutragen, unnöthig noch die Unzufriedenheit großer Bevölkerungsklassen zu vermehren. Die Staatsregierung hat auch allen Grund, durch Entgegenkommen auf socialpolitischem Boden die Arbeiter, die sie jetzt fortwährend unzufrieden macht, zufrieden zu machen. Sie muß sich wenigstens auf den Standpunkt stellen, nicht das Elend, welches schon durch den herrschenden Kapitalismus über die Arbeiter verhängt ist, noch durch die Polizei und andere staatliche Einrichtungen zu vergrößern. Die Regierung hat also selbst ein Interesse daran, die gegenwärtige Frage nicht bloß vom polizeilichen Standpunkt aus anzusehen, sondern den socialpolitischen Gesichtspunkt in Betracht zu ziehen. Und wenn es dem Herrn Staatsminister von Boetticher nicht gelingen sollte, den socialpolitischen Gesichtspunkt gegenüber dem polizeilichen Gesichtspunkt des Herrn v. Puttkamer geltend zu machen, so rechne ich auf eine Nacht,

welche in Deutschland allein noch stärker ist als die Polizei; das ist die Militärmacht. Vielleicht ist es dann der Kriegsminister, der in Rücksicht auf seine sonstigen Anforderungen an das deutsche Volk diesen Einfluß auf die Polizeimacht zu üben versteht.

Meine Herren, es ist uns aus der Militärkommission bekannt, daß dort gesagt worden ist, wie die Ziffer der deutschen Truppen nicht fähig sei auf dieselbe Höhe gebracht zu werden, wie die eventuell feindlichen Ziffern Rußlands und Frankreichs, und daß es auf die innere Tüchtigkeit und die Leistungsfähigkeit des einzelnen Deutschen ankomme. Die Wehrhaftigkeit einer Nation — und ich sage das, um den Herrn Kriegsminister zu veranlassen, gegen Herrn von Puttkamer aufzutreten — hängt aber davon ab, daß die Soldaten gut genährt sind, daß sie nicht entkräftet sind durch übermäßige Arbeit. Der Zustand, ob sie sich gut nähren, ob sie nicht entkräftet sind durch übermäßige Arbeit, hängt ab von der Form, in der die Arbeiter ihre Arbeitsbedingungen mit den kapitalistischen oder gewerblichen Unternehmern abschließen können.

Meine Herren, wenn ich mich nun heute frage: welcher Weg bleibt den Arbeitern überhaupt übrig, damit sie ihre Lebenslage einmal verbessern und das andere Mal nur auf einem bestimmten Niveau erhalten können? — so sind ja nur zwei Wege übrig. Entweder der Staat greift ein und sucht durch staatliche Gesetzgebung diese Zustände der Arbeiter zu verbessern, oder aber man verweist die Arbeiter einfach auf die gesellschaftliche Entwicklung, man verweist sie darauf, daß innerhalb unserer heute bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Zustände der freie Arbeitsvertrag herrscht, und daß sie innerhalb dieses freien Arbeitsvertrages versuchen sollen, wie sie ihre Lage verbessern und das errungene Lebensniveau erhalten können.

Meine Herren, in der Gesellschaft herrscht der freie Arbeitsvertrag, der ja durch die jetzt geltende Gewerbeordnung begründet ist, allein er herrscht nur in formaler Weise, in materielle, in tatsächlicher nicht; und diese Lücke auszufüllen, das ist unter anderem die Absicht meines Antrages.

Meine Herren, wenn wir den Staat ansehen, so hat dieser bis jetzt gar nichts anderes gethan, als sich ganz allein mit der Versicherungs-gesetzgebung beschäftigt. Diese Gesetzgebung, so sehr sie gerade regierungsseitig als wer weiß was für eine Wohlthat für den Arbeiterstand bezeichnet wird, ist nichts anderes als eine Versicherung gegen den Nothfall, um, wenn ein Nothfall den Arbeiter betroffen hat, wenigstens zu versuchen, ihn annähernd auf ein normales Lebensniveau wieder zurückzubringen. Die normale Lebensstellung der Arbeiter aber wird durch diese Gesetzgebung unbeeinflusst gelassen. Die normale Lebensstellung ist abhängig von der Summe des Lohnes, von der Länge der Arbeitszeit, von der Unabhängigkeit, die der Arbeiter im gesellschaftlichen und öffentlichen Leben hat, und ob diese drei Faktoren zusammen es ihm gestatten, neben der Last der Arbeit auch etwas Lebensfreude, die ja nun einmal jedem Menschen beschieden sein soll, zu genießen. Die staatliche Gesetzgebung hat sich auf diesem Gebiet vollkommen steril erwiesen, vollständig unfruchtbar; die Arbeiterschutzesetzgebung ist in Stillstand gerathen; die Regierung spricht sich ihr gegenüber meist feindlich aus. Nicht einmal das bischen Sonntagsruhe, das doch die frommen Herren von rechts und in der Regierung — die wollen ja immer außerordentlich fromm sein — schon vom religiösen Standpunkt aus, mit solchen durchzusetzen suchen, — nicht einmal das ist bewilligt worden. Umgekehrt: die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die ja als das Sprachrohr der Regierung gelten kann, greift jeden Versuch, daß der Staat zu Gunsten der Arbeiter einschreiten soll, auf das heftigste an und beschmutzt Personen und Parteien auf das ärgste, die Abgeordneten meiner Partei wie die aus dem Centrum. Wenn ich darauf nicht eingehe, so thue ich es darum nicht, weil ich die „Norddeutsche

„Allgemeine Zeitung“ in ihrer persönlichen Polemik nur als ein „literarisches Aeselsfeld“ betrachten kann.

(Weiterfeit.)

Darum ist es gleichgiltig, was dort fließt und schlecht riecht.

Meine Herren, also für den Arbeiter bleibt innerhalb des heute herrschenden Gesellschaftszustandes nichts anderes übrig, als der freie Arbeitsvertrag. Der freie Arbeitsvertrag ist durchaus nicht ein Ideal der Socialdemokraten. Wir sind durchaus nicht Anhänger der freien Konkurrenz, aber wir rechnen mit den thatächlichen Zuständen und sagen: innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung hat der Arbeiter gar keine andere Möglichkeit seine sociale Stellung zu verbessern, als daß er, wenn der Staat nichts für ihn thut, auf Grund des freien Arbeitsvertrages seine Stellung zu verbessern sucht. Wir sagen darum bei dieser Frage nicht, was sein sollte, sondern was ist. Wie ich schon angeführt habe, ist die Existenz des Arbeiters hauptsächlich auf die Verwerthung seiner Arbeit gegründet. Daß die Arbeitskraft eine Waare ist, die nach Angebot und Nachfrage ihren Preis erhält und erhalten muß, den jede Waare hat, d. h. die Deckung der Herstellungskosten, das brauche ich nicht besonders nachzuweisen, das ist von allen Nationalökonomien der verschiedensten Richtungen anerkannt worden. Es wird nur nicht anerkannt von Herren, die auf der rechten Seite sitzen und meinen, daß sie sich um solche wissenschaftlichen Feststellungen nicht zu kümmern brauchen, sondern glauben, daß Polizei, Gericht und Militär sonst schon für die „Ordnung“ sorgen werden, alles andere ginge sie nichts an. Aber, meine Herren, sicher ist doch, daß der Arbeiter nur dann die Herstellungskosten seiner Arbeitskraft decken, seine Lebensexistenz, die im Lohn und in der Arbeitszeit liegt, haben kann, wenn er sich mit anderen Arbeitern verbindet, denn jeder draußen stehende Arbeiter wird leicht ein Feind, der sich billiger anbieten kann, der das Kulturniveau, was schon errungen ist, wiederum herabzudrücken im Stande ist. Der einzelne Arbeiter ist also vollständig wehrlos, er wird noch wehrloser durch die ganze Art unserer technischen Entwicklung, welche die Zahl der sogenannten überflüssigen Arbeiter vermehrt, dann doch aber den Arbeiter, damit nicht ein arbeitslos gewordener ihn im Preisangebot unterbietet, zwingt, die Vereinigung mit den anderen Arbeitern zu suchen, um so durch eine gewisse Zurückhaltung des Angebots der eigenen Waare, der eigenen Arbeitskraft, den nothwendigen Preis zur gewohnten Kultur- existenz zu erhalten.

Meine Herren, dieses Recht, auf Grund des Arbeitsvertrages bessere Lohnbedingungen zu erringen, das sogenannte Koalitionsrecht, ist ja erst ein sehr neues Recht. Wir haben es erst seit dem Jahre 1869, während in früheren Jahren im preussischen Landtag bei dem Kampfe, welcher damals zwischen der preussischen Bourgeoisie und Regierung stattfand, die liberale Partei wiederholentlich Anträge gestellt hat auf Gewährung des Koalitionsrechts; und damals, wie im Jahre 1869, sind auch die Konser- vativen und die Regierung dafür gewesen. Ich kann die Herren nur auf- fordern, die Reden nachzulesen, die der damalige Führer, in socialpolitischen Dingen — freilich ein ganz anderer Kopf in socialpolitischen Dingen als Ihre Herren Ackermann und Genossen

(Weiterfeit)

— der Geheimrath Wagener gehalten hat. Sie sollten die alten Verhand- lungen nachlesen, und ich bin überzeugt, auch allen den Herren, die jetzt eine sociale Führerrolle auf der Rechten spielen, würde dieses Nachlesen nichts schaden. Der Führer der Konserativen hat sich damals gegen alle Zwangs- und Verbotsbestimmungen erklärt, und Ihre Partei hat gerade so gut wie die Partei der Linken für die Aufhebung dieser Verbote ge- stimmt, was ich besonders darum hervorhebe, weil der Herr Minister von Puttkamer bei der Berathung der Koalitionsfrage im Reichstage in diesem Sommer gesagt hat, daß er eigentlich kein Anhänger der Koalitionsfreiheit

sei. Meine Herren, die gegenwärtige Form des Koalitionsrechts ist aber allen möglichen Gesetzen unterworfen. Als im Jahre 1869 bei Einführung der Gewerbeordnung der § 152 geschaffen wurde, bestand der Paragraph in nichts anderem als in der Aufhebung aller Verbote und Strafbestimmungen; er ließ aber sämtliche Gesetze, welche sich auf die Bildung von Vereinen, auf die Bethätigung von gewerblichen, Lohn- und anderen Befreiungen beziehen, ruhig weiter existiren. Aus dieser Weiterexistenz der einzelnen Gesetze hat sich im Laufe der Zeit ein ganz bedeutender gesetzlicher Nothstand entwickelt. Es wird uns so oft bei anderen Gesetzen gesagt, man müsse die Gesetze dann ändern wenn sich ein gesetzlicher Nothstand herausstellt; und der gesetzliche Nothstand besteht doch darin, daß Niemand mehr weiß, was eigentlich rechtliche Geltung hat. Es gibt keinen Menschen — auch nicht der berühmteste Jurist wäre in der Lage, uns zu sagen, was in Bezug auf Koalitionsrecht, in Bezug auf Vereinigung der Arbeiter Recht und Unrecht ist, in welchen Fällen sich der Arbeiter mit bestimmten Gegenständen beschäftigen, in welchen Fällen sie sich mit anderen Vereinen verbinden dürfen oder nicht. Wir haben in Deutschland eine vollständige Verschiedenheit im Wortlaut der Gesetze, in Bezug auf die Handhabung derselben und in Bezug auf die richterliche Entscheidung, wie diese Gesetze auszulegen sind.

Was zunächst den gesetzlichen Zustand betrifft, so besteht in Preußen, Sachsen, Bayern, Hessen, Braunschweig, Neuß jüngere Linie und auch Neuß ältere Linie — auch dieses hat in neuerer Zeit die Nothwendigkeit empfunden, ein Vereinsgesetz einzuführen — die Bestimmung, daß politische Vereine sich nicht in Verbindung setzen dürfen. In Preußen ist die Polizei und auch die Rechtspflege so weit gegangen, Kommissionen, welche sich mit der Vorbereitung von Vereins- und Versammlungsthätigkeit erst beschäftigen, ebenfalls schon als Vereine anzusehen und auf Grund der bestehenden vereinsgesetzlichen Bestimmungen eventuell aufzulösen. Ja, man ging soweit, in der Rechtspflege: wenn in den Staaten Deutschlands, wie in Württemberg, wie in Baden, in welchen solche Vereinigungen bestanden, diese sich an preussische oder sächsische Vereine gewendet haben, und man bei den so vielfach stattfindenden Hausdurchsuchungen Briefe und dergleichen fand, solche Vereine, weil von auswärts Beziehungen mit ihnen gesucht wurden, ebenfalls aufzulösen. Die Richter waren immer bereit, die Verordnungen sogar zu Gefängnißstrafe zu verurtheilen. Es wird auf diesem Gebiete nach meiner Ueberzeugung vollständig nach Willkür verfahren, in dem einen Orte wird so gehandelt, in dem anderen so: selbst in den Orten mit gleicher Gesetzgebung, unter der gleichen Verwaltung wird sogar gegenüber dem einen Verein so und gegenüber dem anderen Verein seitens der Polizei und der Gerichte anders verfahren, je nachdem wer die Leiter sind, ohne Rücksicht darauf, was der Verein treibt: Man läßt außerdem manche Vereine jahrelang bestehen, und wenn es gerade der Polizei paßt, dann löst sie den Verein auf, denunziert denselben, und wie heute die Verhältnisse liegen, sind ja auch unsere Richter meist geneigt, das, was die Polizei ihnen vorwirft, einfach zu „apportiren“. Das haben wir in Sachsen erlebt, das erleben wir in Preußen, in den verschiedenen Staaten, daß das, was der Bürger finden sollte, Rechtschutz bei den Gerichten, er in den meisten Fällen, wenn die Polizei gegen ihn auftritt, für politische Bestrebungen wenn sie oppositionell sind, nicht mehr finden kann.

Meine Herren, in keinem Vereinsgesetz gibt es eine Bestimmung darüber, was man unter öffentlichen Angelegenheiten zu verstehen hat. In der Ausführungsverordnung des Königreichs Sachsen vom Jahre 1850 wird alles als Politik angesehen; da stehen auch die Turnvereine ausdrücklich als solche Vereine bezeichnet, die man als politische Vereine ansehen müsse. Die Zeit ist aber vorüber, wo man die Turner als politisch verdächtig ansehen konnte; heute sind sie durchaus unverdächtig und meist, ähnlich wie die Kriegervereine, auch Friedensnobilmachung

gegen oppositionelle Parteien, wenigstens in vielen Gegenden, wo mir die Zustände näher bekannt sind.

Meine Herren, man kann den Begriff Politik sehr weit fassen; wenn man will, ist alles Politik. Jede Beschäftigung mit einer Sache des öffentlichen Interesses kann als Politik angesehen werden, wenn man will. Auf der anderen Seite aber muß man doch als richtig anerkennen, daß es nur als Politik anzusehen ist, wenn man eine direkte Einwirkung auf die öffentlichen Zustände, auf die Staatsleitung und die Verwaltung ausüben will. In der Gegenwart, wo natürlich die gewerblichen Fragen sehr zu socialpolitischen werden, ist es ganz natürlich, daß die Kreise der Bevölkerung, die sich mit diesen gewerblichen Fragen fortwährend beschäftigen müssen, die Arbeiter, dann sehr leicht der polizeilichen und richterlichen „weiten“ Auffassung unterliegen: sie beschäftigen sich mit Politik, wenn sie irgend welche gewerblichen Fragen zur Erörterung bringen, die zur gleichen Zeit mit den socialpolitischen Fragen unserer Zeit zur Erörterung gelangen.

Nebenher darf aber nicht vergessen werden, daß bei dieser Gesetzesanwendung nicht mit gleichem Maße gemessen wird. Die Polizei wirft ein besonderes Augenmerk auf die Arbeiter; es brauchen nur drei oder vier Arbeiter zusammen zu stehen, so erscheint das derselben meist schon verdächtig. Jede Zusammenkunft von Arbeitern ist ihr verdächtig, außer es sei ein christlich-socialer Priester dabei, der der Polizei die Gewähr gibt, daß es „gute und fromme Leute“ sind. Die Behörde muß, wie ich meine, ein schlechtes Gewissen haben, daß sie immer den Arbeitern, wo sie zusammen sind, zutraut, daß sie etwas böses gegen die Regierung im Schilde führen; denn wie könnte sie ihnen das zutrauen, wenn sie nicht glaubte, daß unser ganzes Staatsleben und unsere Politik so beschaffen sind, daß man das den Arbeitern zutrauen könnte! Auf einem Tischlerfest in Berlin haben die Arbeiter auch aus diesem Zustande bereits die Konsequenz des Galgenhumors gezogen und große Bilder verbreitet, worauf geschrieben stand: „mehr wie ein Mann darf nicht zusammen stehen, sonst wird die Zusammenkunft von der Polizei aufgelöst“. Es ist das der Galgenhumor, der aus der Thätigkeit der Berliner Polizei in Bezug auf die Zusammenkunft der Arbeiter naturnothwendig hervorgehen muß. Es braucht irgend ein Verein nur eine Petition an den Reichstag zu richten und braucht nur den Wunsch auf Verbesserung bestimmter Zustände durch Staat und Verwaltung auszusprechen, und sofern es der Polizei beliebt, denunziert sie, oder sie bewirkt auch, daß der Staatsanwalt einschreitet und die polizeiliche und gerichtliche Auflösung erfolgt.

Meine Herren, nebenher gibt es in Preußen für alle Vereine und Versammlungen keine Bestimmung der Altersgrenze, während eine solche Bestimmung in Sachsen existirt. In Sachsen muß z. B. jeder, der einem politischen Verein angehört, dispositionsfähig sein, und das führt dazu, daß Leute unter 21 Jahren und Frauen, die verheirathet sind, einem politischen Verein nicht angehören dürfen, während über 21 Jahre alte unverheirathete Frauen, Mitglieder eines solchen Vereins sein können. Die preussische Bestimmung sagt nur, daß Frauen, Schüler und Lehrlinge politischen Vereinen nicht angehören dürfen.

Es ist mir von einem Herrn aus dem Centrum, der sonst mit Wohlwollen solchen Fragen gegenübersteht, gesagt worden, daß er meinem Antrage ganz sympathisch gegenüberstehe, aber die Bestimmung darin enthalten sehen wolle, daß Personen unter 21 Jahren nicht in solche Vereine sollten eintreten können, und zwar, daß das für den Arbeitgeber ebenso zu gelten habe wie für den Arbeitnehmer. Der Herr befindet sich im Irrthum. Bei dem Arbeitgeberverein tritt nicht die Person, sondern das Geschäft in den Verband, und wenn auch der Inhaber jünger als 21 Jahre ist, so existirt eine Verwaltung des Geschäfts ein Prokurist, ein Vormund, der dann für den minderjährigen Inhaber eintritt. Das kann bei den Ar-

beitern niemals der Fall sein; die können nur als einzelne Personen Mitglieder solcher Vereine werden.

Meine Herren, Sie wissen aber, daß in der Gegenwart die Entscheidung der Frage, ob ein Verein leben kann oder nicht, ob er sozusagen erwirgt wird oder nicht, allein davon abhängt, ob die Anzeige beim Staatsanwalt gemacht wird oder nicht. Es kann mancher Verein den gesetzlichen Vorschriften widersprechen, man kann in den Zeitungen darauf aufmerksam machen, der Verein entspricht nicht dem Gesetz, keine Polizei, kein Staatsanwalt kümmert sich darum, es kommt nicht auf den Inhalt der Bestrebungen, es kommt nur auf den Stand an, den der Verein bildet. Bei den polizeilichen Anzeigen hat sich immer eine besondere Feindseligkeit gegen den Arbeiterstand gezeigt. Meine Herren, ich will Ihnen nur wenige Beispiele, weil ich sonst zu ausgedehnt werden müßte, über das Schicksal einzelner Vereine anführen, ein Schicksal, das man fast als eine Leidensgeschichte bezeichnen könnte, und will zunächst den Verein vorführen, dessen Schicksal wohl noch zumeist in Ihrer Erinnerung sein wird: den Berliner Arbeiterinnenverein. Dieser Verein bestand über ein Jahr lang, die Polizei wußte durch Ueberwachung, Einreichung der Statuten, genaueste Untersuchung was in dem Verein vorgeht, wer seine Leiter sind; aber eine Zeit lang dauerten die Liebeswerbungen der konservativen Parteien um den Arbeiterinnenverein, man wartete, ob nicht diese Arbeiterinnen die Konservativen in ihre Arme schließen wollten. Als sich das als erfolglos erwiesen hatte, wurde mit einem Mal die Polizei zornig über den Verein, denunzirte ihn, klagte ihn an, und dann fanden sich auch Richter, die sich ja immer finden, den Verein als aufgelöst zu erklären und die Vorstandsmitglieder zu bestrafen. Meine Herren, alles wurde ein Jahr lang gewußt; trotzdem ließ die Polizei die Existenz des Vereins zu. Sie trieb wiederum nur Polizeipolitik — ein Spiel mit den schwersten und engsten und wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiter.

Meine Herren, es ist aber wichtig, auf die Begründung des Urtheils ganz kurz zurückzukommen. Der Landgerichtsdirektor Brausewetter sagte in dem Gerichtsurtheil, daß sich an politischen Vereinen nur Personen betheiligen dürfen, welche wahlberechtigt sind. Der preussische Landgerichtsdirektor wußte nicht einmal, daß im preussischen Vereinsgesetz nur Frauen, Schüler und Lehrlinge sich nicht an politischen Vereinen betheiligen dürfen; und ich kann nur sagen: ein solcher Mann verdient Reichsgerichtsrath zu werden.

(Weiterkeit links.)

Eine ähnliche Leidensgeschichte hat der Zigarrensortirerverein in Dresden gehabt. Er konnte auch eine Zeit lang bestehen, ein Verein, der sich nur mit Reiseunterstützungen beschäftigt. Eines schönen Tages aber sagte die Polizei: in den Statuten steht neben materieller Hebung auch noch die Förderung geistiger Hebung; — geistige Hebung ist Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten; und der Verein wurde aufgelöst, weil er sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigte, und weil er bei dieser Gelegenheit, was für eine Reiseunterstützungsvereinigung erklärlich ist, mit anderen Orten und Gegenden in Verbindung stand.

Ganz ähnlich ging es dem Tabakarbeiterverein in Hannover. Dort passirte noch ein viel Wunderbareres: der dortige Staatsanwalt hat sich ordentliche Verdienste um die Archäologie erworben; er hat ein altes Gesetz vom Jahre 1847 aus der früheren welfischen Zeit sozusagen ausgegraben und hat gesagt: der Tabakarbeiterunterstützungsverein ist eine Versicherungsgesellschaft und bedarf darum der Genehmigung des preussischen Ministeriums. Diese Verordnung kam in Hannover in Vergessenheit selbst zur Zeit des welfischen Regiments, und jetzt unter preussischer Regierung ist erst die Ausgrabung dieser Verordnung geschehen.

Es traten dann acht Arbeiter aufs neue zusammen, bildeten wieder einen Verein, und der Staatsanwalt dachte nur: na, zwei Strippen ziehen

— 9 —

besser wie eine; er leitete Klage ein wegen Vergehens gegen das Versicherungs-gesetz von 1847 und wegen Uebertretung des preussischen Vereins-gesetzes, weil ein politischer Verein mit anderen in Verbindung stand. Sie sehen: dieser schöne Staatsanwalt mußte sich zu helfen. Er dachte: zieht die eine Strippe nicht, so muß die andere Strippe ziehen.

(Geisterkeit links.)

Aber, meine Herren, die Richter von Hannover sind in dieser Frage einmal anders aufgetreten, wie wir sonst gewohnt sind in der heutigen Zeit die Richter urtheilen zu sehen, und durch drei Instanzen wurde der Staatsanwalt abgewiesen, wurde enttchieden, daß das bloß ein Unterstützungsverein sei, und daß die Verordnung von 1847 nicht zutrefte, auch der Verein sich mit politischen Angelegenheiten nicht beschäftige. Die letzte Instanz, das Oberlandesgericht in Jelle, hat nun in einer trefflichen Begründung diese oben dargelegte Anschauung begründet. Ich bin überzeugt, daß es ein wahres Glück ist, daß dieser Verein als letzte Instanz das Oberlandesgericht in Jelle und nicht das Reichsgericht hatte; denn, hätte er das Reichsgericht gehabt, dann wäre er wahrscheinlich ebenfalls aufgelöst worden, wie wir ja gewohnt sind, daß von dort aus den Arbeitern günstige Urtheile nicht erfolgen.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, ich hoffe, daß sie meinen Antrag an eine Kommission verweisen; darum spare ich es mir auf, die Reihe dieser Vorgänge noch zu vermehren, und will dies Material späterhin der Kommission übergeben.

Ich will außerdem noch sagen, daß gegenüber den Arbeitervereinen noch so verfahren wird; ziehen die verschiedenen Vereinsgesetze nicht, zieht nicht das Ausgraben alter Versicherungsgesetze, dann meine Herren, gibts noch als letztes Mittel das Socialistengesetz. Damit kann man alles machen. Wenn gar nichts mehr hilft, dann wird mit der brutalen Faust dieses Gesetzes die Arbeiterorganisation zerschmettert. Meine Herren, da kann die Polizei erklären: wir lösen auf, weil wir es so wollen, und wir sagen dann, es sind „Umsturzbestrebungen“ vorhanden. Da kommt es auf den Inhalt dessen, was eritrebt worden ist, gar nicht an, sondern nur auf angeblich verdächtige Personen. Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat bei der Berathung des Socialistengesetzes ganz besondere Abänderungs- und Milderungsanträge gestellt. Die Reichsregierung, die konservative Partei, das Centrum, selbst Herren wie der Dr. von Hertling, die eifrige Anhänger des Socialistengesetzes sind, alle diese Herren sind wenigstens der Meinung gewesen, daß den von ihnen so benannten berechtigten Bestrebungen der Arbeiter ein gewisser freier Spielraum gewährt werden muß. Man kann doch nirgends die Bestrebungen der Arbeiter als berechtigtere ansehen, als auf dem Gebiet der heutigen Gesellschaftsordnung, auf dem Gebiete des Kampfes gegen den Kapitalismus die eigene Lage durch Lohnverbesserung und Arbeitszeitverringerung besser stellen zu wollen.

Darum, meine Herren, habe ich ganz besonders beantragt, daß die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden sollen. Ich will mit meinem Antrag, so zu sagen, ein Loch in das Socialistengesetz reißen, welches heutzutage, wenn kein andres Gesetz mehr hilft, zuletzt immer helfen muß, daß die Polizei zu Gunsten des Kapitalisten gegen den Arbeiter einschreitet und dem Kapitalisten hilft, zu verhindern, daß der Arbeiter einige Groschen mehr Lohn erringen kann, die er sonst erringen könnte, wenn nicht die Polizei an vielen Orten meinte, für den Reichen gegen die Armen, wenn die anderen Gesetze nicht helfen, mit diesem Gesetz eintreten zu müssen.

Meine Herren, selbst diejenigen von Ihnen, welche fest und unerschütterlich auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, welche meinen, daß die heutige Gesellschaftsordnung eine Fortentwicklung nicht verträgt, daß sie die beste aller Welten sei, daß in der Ausbildung des Kapitalismus auch am besten für die Nichtkapitalisten gesorgt sei, müssen

zugeben, daß dem Arbeiter innerhalb dieser Gesellschaftsordnung die Möglichkeit gegeben werden muß, seine Arbeitskraft, d. h. seine Waare, so theuer als möglich zu verkaufen. Das thun Sie alle auch, wo Ihre Interessen in Frage kommen; Sie verlangen Zölle vom Staate, Sie bilden Industrieherrnvereinigungen, die Unternehmer bilden Vereinigungen, die Aerzte bilden Vereinigungen, die verschiedensten Gesellschaftsklassen vereinigen sich, um ihre Arbeitskraft theuer zu verkaufen. Und darum, behaupte ich, besteht keine größere Ungerechtigkeit als die, zu sagen: der Staat thut nichts für Euch Arbeiter, die Gesellschaftsordnung kann sich ebenfalls nicht fortentwickeln, und wenn Ihr auf dem Boden dieser Ordnung eine freie Vereinigung, eine freie Bethätigung, eine freie Organisation wollt, verhindern wir das noch durch die verschiedensten Chikanen, die bei den verschiedenen Gesetzen da und dort in Anwendung gebracht werden können. Ganz besonders verbieten die Gesetze die Verbindung der verschiednen Vereine an den verschiedenen Orten, und man muß sagen, daß solche Bestimmungen, wie sie in den Gesetzen noch wörtlich stehen, in den dreißiger und vierziger Jahren, wo eine ganz andere wirtschaftliche Lage war, ihre Begründung gehabt haben mögen; aber heute widerspricht die ganze Lage der Industrie einer solchen Vorschrift, daß man den Arbeitervereinigungen die Verbindung von Ort zu Ort, von Gegend zu Gegend versagen will. Schon wirtschaftlich, schon rein industriell sind die verschiednen Orte von einander abhängig. In dem einen Orte werden nur Halbfabrikate hergestellt, die erst am anderen Orte zu Ganzfabrikaten vervollständigt werden. In dem einen Orte wird in dem männlichen Gewerbe billige Arbeit geleistet, sozusagen Schundarbeit; das Schleuderhandwerk hat dort seinen Sitz. Am anderen Orte desselben Gewerbes wird bessere Arbeit geleistet, während die Arbeiter desselben Gewerbes außerordentlich davon abhängig sind, wie an dem anderen Orte, wo dasselbe Gewerbe herrscht, die Lohnlage der Arbeiter u. s. w. bestimmt ist. Diejenigen unter Ihnen, die so sehr den Zustand der Schleuderarbeit bekämpfen, müßten gerade für die Verbindung der Arbeitervereine sein, denn die Arbeiter an den Orten, wo solche Schundhandwerkszustände herrschen, sind ganz ohnmächtig, gegen ihren Meister zu kämpfen, wenn sie sich nicht mit den besser bezahlten Arbeitern, wo bessere Arbeit hergestellt wird, verbinden können. Auch haben die besser bezahlten Arbeiter ein Interesse daran, nicht durch die schlecht bezahlten Arbeiter desselben Gewerbes ihre eigenen höheren Löhne herunterdrücken zu lassen, und so ist es sogar, wie der Kapitalist es nennen muß, „gesunder Egoismus“, wenn sie die schlecht bezahlten Gewerbsgenossen unterstützen, damit auch diese höhere Löhne erreichen.

Meine Herren, in Betracht kommt aber noch, daß in den Kapitalistenvereinen alles dasjenige gestattet ist, was man den Arbeitervereinigungen verbietet. Ich erinnere an die verschiedenen Meisterverbände, ich erinnere an die landwirtschaftlichen Vereine, ich erinnere an die Hausbesitzervereine. Die Meistervereine können sich in Deutschland mit Allem beschäftigen, sie beschäftigen sich mit Petitionen an den Reichstag, nehmen Theil an den Stadtverordnetenwahlen sie können, wie in Dresden, auffordern, ganz besonders eine Versammlung des konservativen Vereins zu besuchen, weil ein Afrikareisender — es soll ein großartiger Reisender gewesen sein — dort einen Vortrag hält. Das ist alles keine Politik. Da hört man nichts von Polizei, da sieht man nichts von Staatsanwalt, da merkt man nichts vom Eingriff der mit einer Binde gezielten Gerechtigkeit.

(Weiterkeit links.)

Die landwirtschaftlichen Vereine können sich mit Bimetallismus beschäftigen, können Petitionen an den Reichstag um Erhöhung der Getreidezölle, der Wollzölle richten; das ist keine Politik. Man merkt nichts von Polizei, nichts von Staatsanwaltschaft. Die Hausbesitzervereine können zusammen-

Kommen und nach meiner Meinung die ganz gefährliche Bestrebung verfolgen, die Menschen möglichst obdachlos zu machen, die Miethe zu verteuern, den Zustand der Wohnungen zu verschlechtern, und sich an den Reichstag wenden und an die Kommission wegen des bürgerlichen Gesetzbuchs, doch ihr Retentionsrecht gesetzlich zu erhöhen. Das ist auch keine Politik. Diese Vereine können sich auch, wie sie wollen, verbinden; Polizei, Staatsanwalt und Richter sieht man nicht einschreiten. Wenn aber ein Arbeiterverein eine Petition beschließt in Bezug auf die Arbeitszeit oder auf die Errichtung eines staatlichen Arbeitsnachweises, da heißt's: das ist Politik; da kommt die Polizei und haussucht, da kommt der Staatsanwalt, erhebt Anklage, und da kommt der Richter und drückt sein Siegel darauf und sagt: ihr seid aufgelöst und der Arbeiter wird noch eingesperrt. Das ist die Rechtsgleichheit, die in Bezug auf gewerbliche Vereinigungen existirt. Diese Vereinigungen der Arbeiter sind doch ganz natürliche, und man muß den verschiedenen Gewerben es überlassen, in einer für das Gewerbe und für die sociale Stellung geeigneten Form Vereinigungen zu bilden. Die Interessenten können selbst am besten beurtheilen, welche Organisation sie zur Erreichung eines besseren Lebenszustandes nothwendig haben.

Meine Herren, ich will in meinem Antrag auch Freiheit der Vereinigung der Frauen geben, ich will den Arbeiterinnen das Recht geben, sich vereinigen zu können. Es ist komisch, wenn es nicht so traurig wäre, wie man gegenüber den Frauen in Bezug auf die Vereinigungen zur Besserung ihrer Lohnstellung heutzutage verfährt. Verlangen wir hier im Reichstage Frauenschutz, verlangen wir Einschränkung der Frauenarbeit, da sagt die Regierung, da sagt auch der größte Theil der Reichstagsabgeordneten: das können wir nicht bewilligen, und sie thun dann noch arbeiterfreundlich, hüllen sich in den Mantel, die Wohlfahrt für solche Arbeiterfrauen erhöhen zu wollen, indem sie sagen: wir würden die Lebenslage der Arbeiter noch verschlechtern, wenn die Frauen nicht mitarbeiten können, — eine Auffassung, wie sie ja neulich der Kollege Hartmann in Bezug auf die Kinderarbeit und dergleichen im Plenum und früher in der Arbeiterschutzkommision geäußert hat.

(Zuruf rechts.)

Meine Herren, ich kann nur sagen, wenn wir den Frauen diesen gesetzlichen Schutz nicht gewähren, wenn die Frauen gezwungen sind, dieselbe Industriethätigkeit zu verrichten wie der Mann, dann müssen auch gesetzlich die Konsequenzen in Bezug auf den herrschenden Gesellschaftszustand gezogen werden. Die Frau muß auch die Möglichkeit haben, den freien Arbeitsvertrag auszunützen zu können, es muß ihr darum auch die Möglichkeit gegeben werden, sich vereinigen zu können. Da ist unleugbar das preussische Vereinsgesetz das allerchönste. Das spricht von Frauen, Schülern und Lehrlingen". Die Frau ist für dieses Gesetz in geistiger und wirtschaftlicher Beziehung nicht mehr als ein Schüler und Lehrling. Nur wenn es an die Arbeitsleistung geht, an die wirtschaftliche Konkurrenz, die sie dem Mann bieten soll, da weiß man von gesetzlichem Schutze nichts; aber consequenterweise müßte sie von den Herren, die dieses Gesetz gemacht haben und aufrecht erhalten, auf dem Boden der Gleichstellung mit Schüler und Lehrling gehalten werden. Da hört aber die Konsequenz auf, die Frau ist „frei“ und hat keinen besonderen Schutz nötig. Sicher ist aber, daß in Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Entwicklung den Frauen die Möglichkeit der Organisation in gewerblicher Hinsicht gegeben werden muß. Wer die Gerichtsverhandlungen in Berlin gelesen hat, daß schon die Beschäftigung mit dem Nähgarnzoll, besonders wenn man eine Petition an den Reichstag richtet, eine politische Angelegenheit wäre, und daß man besonders politisch wird, wenn man nicht vom Kollegen Stöcker 1000 Mark zu wer weiß was für Zwecken annimmt, der wird einsehen, daß Abhilfe dringend geboten ist. Es ist aber dann ganz erklärlich, daß die Frauen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung vollkommen wehrlos

dastehen, und ich richte gerade an die konservative Partei die Aufforderung, die Freiheit der Vereinigung zu gewähren. In Ihren agitatorischen Versammlungen (nach rechts gewendet) in Berlin und Umgegend — ich mag keine Namen nennen —, da wissen Sie in den grellsten Farben die Lage der weiblichen Arbeiter zu malen; mit Recht. Es gibt keine Arbeitskraft, die mehr und leichter ausgebeutet, die abhängiger in ihrer Stellung vom Kapitalismus gemacht wird, als es die weibliche Arbeitskraft ist.

(Zuruf rechts: Mäntelgeschäft!)

Das geschieht in Berlin, das geschieht in Dresden, das geschieht auch, wie der Herr Kollege von Massow hier sagte, bei der Mäntelindustrie. Ob die Arbeiterinnen Mäntel machen, ob sie Säcke nähen, ob sie Taschen machen, ob sie bei der Textilindustrie u. s. w. sind: zumeist sind sie nur das Mittel den Mann zu verdrängen, den Lohn herunterzubringen, abhängigere Arbeitskräfte zu haben, um sie so besser ausbeuten zu können. Ich nehme die Mäntelindustrie nicht aus, ich will nur haben, daß Sie sich nicht gegen einzelne Personen, daß Sie sich nicht gegen eine bestimmte Glaubensform, wenn Sie gerade in diesen Kampf eintreten, wenden sollen, sondern daß Sie das als sociale Erscheinung betrachten, und daß es vollkommen gleichgültig sein kann, ob der Ausbeuter Isaac, Jakob oder Christian Schulze heißt. Das ist es, was bei der Gesetzgebung in Betracht gezogen werden sollte, auch von Ihnen. Was Sie draußen als agitatorisches Moment benutzen, sollten Sie mit uns in der Gesetzgebung zur Geltung bringen, damit Sie zeigen, daß es Ihnen nicht bloß um dieses agitatorische Moment, sondern um die wirkliche Hilfe für die Frauen zu thun ist. Sonst wollen Sie nur Haß gegen bestimmte Personen und Glaubensformen säen, aber keine Hilfe schaffen. Warum werden die Frauen so sehr ausgebeutet? Weil das preussische Vereinsrecht ihnen die Möglichkeit zu jeder Vereinigung abschneidet. Sie können wohl Charpie mit zupfen und dergleichen Wohlthätigkeitsvereine gründen, aber socialpolitische Vereinigungen, um sich gegen Ausbeutung zu schützen, sind verboten, da tritt die Dreieinigkeit, die ich schon geschildert habe, von Polizei, Staatsanwalt und Richter sofort gegen sie auf.

Ueber den Zustand, wie er jetzt herrscht, und über das Gebahren von Polizei, Staatsanwalt und Richter frohlocken auch die Meister außerordentlich. In Berlin war in diesem Sommer ein Tischlertag und bei diesem hat ein sächsischer Innungsmeister, ein Tischlermeister Namens Nissen, die Vereinigung aufgefordert, die Auflösung der Fachvereine der Gesellen bei den Behörden zu beantragen. Obermeister Brandes, ein großes Licht auf dem Innungsgebiete, ein Mann, der sich einbildet, den Handwerker mit seiner Art, wie er auftritt, helfen zu können, sagt, das sei nicht nöthig, weil es auf Grund des Socialistengesetzes schon geschehe und die Behörden schon eingriffen durch Versammlungsverbote und das auch weiter thun würden. Und dann kommt noch ein Dritter, Herr Ganter aus Berlin, der ein für allemal die Fachvereine aus der Welt geschaffen haben wissen wollte. Alle sprachen zum Schlusse die Hoffnung aus, wenn auch der Reichstag dafür nicht zu haben sein werde, die hohe Regierung werde dafür zu gewinnen sein. Sie verehren ja alle als eine Art Heiligen den Herrn von Buttkamer, der für die Reichen gegen die Armen, der für die Arbeitgeber gegen die Arbeiter die Polizei auf Grund dieser verschiedenen Gesetze stets in Verwendung zu bringen sucht.

Meine Herren, ich muß ja sagen, daß ich persönlich es für einen großen Wahn der Kleinmeister halte, die in den Innungen sind, wenn sie glauben, durch die Zerstörung der Arbeiterorganisationen ihre Lage bessern zu können. Nicht die paar Groschen Lohnerhöhung, die sie gewähren müssen, sind es, welche ihre Lebenslage erschüttern können, sondern die ganze technisch-physikalische Entwicklung, die Entwicklung des Kapitalismus, die Art der Concentration der Kapitalien, die Ausdehnung der colonialpolitischen Bestrebungen, die den Weltmarkt ausdehnen: diese Faktoren sind es, welche

die Lage des Handwerkers erschüttern, nicht aber die fünf Pfennige pro Stunde mehr Lohn, die der Arbeiter erhält oder nicht. Herr von Puttkamer redet immer bei den Arbeitern von den Agitatoren, die verfahren, in die Fachvereine zu treten, und die zu Streiks auffordern. Ich kann nur die Kleinmeister warnen, vor diesen Agitatoren, wie Brandes und Nissen, sich zu hüten, und ich will nicht gerne die schroffe, nach meiner Meinung wenig gebildete Redeweise anwenden, welche Herr von Puttkamer seiner Zeit gegen socialdemokratische Agitatoren angewendet hat. Diese Sprachweise überlasse ich Excellenzen. Wir Socialdemokraten sind höflicher und rücksichtsvoller; das halten wir der Würde des Parlaments und des öffentlichen Lebens für angemessen.

(Weiterkeit links.)

Ich will ferner noch erwähnen, daß gerade die kleinen Gewerbetriebe ein Interesse daran haben, wie überhaupt die Produktion, die Konsumtionsfähigkeit der Massen zu erhöhen. Wir hören fortwährend von der herrschenden Krise; wir hören, wie diese Krise nicht abnimmt und daß sie bedingt wird durch die geringe Kaufkraft, welche im Volke liegt, daß man die ganze Welt abjagt, die wüsten Gebirgen in Afrika aufsucht, um Absatzgebiete zu finden, doch aber überall Ueberproduktion herrscht, die sich vermehrt, weil man im eigenen Lande nicht gleichfalls ein vermehrtes Absatzgebiet zu finden sucht. Die Konsumtionsfähigkeit des Volkes, die Kaufkraft, wird erhöht, wenn die Löhne des Volkes sich bessern. Der Kapitalismus und die Unternehmerschaft, rein wirtschaftlich betrachtet, kennt kein Gefühl, kennt nur den Nutzen, der aus der Unternehmung entspringt, und muß infolge der freien Konkurrenz, die der Kleinere mit dem Größeren zu führen hat, diesen allein als seine Richtschnur gelten lassen. Da ist es doppelt nöthig, daß Bestrebungen, welche die Kaufkraft der Nation erhöhen sollen, die geeignet sind, die fortwährende scharfe Krisis zu verringern, nicht durch Polizei, Staatsanwälte und Gerichte gehindert werden, sondern daß wir, weil wir diese Verhinderung sehen, den gesetzlichen Schutz gegen die Art, wie Verwaltung und Polizei vorgehen, zu finden suchen.

Meine Herren, wir sehen darum, wenn wir die Beschwerden zusammenfassen, wie man verstaubte und vergilbte Gesetze herausucht, wie man auf Grund der bestehenden Gesetze alles herausucht, Arbeitervereine zu verhindern, und wie nebenher auch die Gerichte in den meisten Fällen — ein Urtheil wie das von Celle ist eine Ausnahme — das beständigen, was die Polizei will. Ich glaube, die Reichsregierung und der Reichstag haben gar keinen Grund, selbst unter Anerkennung der heutigen Gesellschaftsordnung sich auf den Standpunkt zu stellen, daß durch diese Art Anwendung der Gesetze und durch das Auftreten der Polizei dem Arbeiter die Existenz desto eher zerstört, und seine Lebensstellung nach und nach zu einer Hungerexistenz herabgedrückt wird da, wo sie eine solche noch nicht ist. Ich will hierbei einschalten, daß ich einzelne Abänderungen sehr gern annehme; ich streite mich um die einzelnen Worte nicht, ich streite mich ganz besonders nicht mit den Herren Juristen um die Deutung von Haben und Bezwecken und anderen Dingen; darin gebe ich ganz gerne nach. Es kommt nur auf den Sinn der Anträge an, darauf, daß Schutz geschaffen werden soll für freie Vereinigungen der Arbeiter zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, durch Verbindungen von Ort zu Ort, in denen das Lebensalter keine Rolle spielt und in denen weibliche Arbeiter sich ebenso vereinigen können, wie männliche.

Meine Herren, ich komme jetzt zum § 153. Meine Partei steht auf dem Standpunkte, daß sie am liebsten die Streichung dieses ganzen Paragraphen beantragt hätte; allein es steht fest, daß eine solche Streichung eine Aussicht auf Annahme nicht hat. Nachdem ich die Verhandlungen von den Jahren 1869 und 1887 durchgelesen habe, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß in keiner Partei, außer der socialdemokratischen, für diese Streichung Neigung vorhanden wäre, Meine Herren, im Jahre

1869 hat schon der verstorbene Abgeordnete Schulze gesagt, daß man kein besonderes Strafrecht für Arbeiter gründen solle; nichts sei mehr geeignet die Klaffengegensätze zu verschärfen, als wenn man für bestimmte Stände ein bestimmtes Strafrecht konstituiert, und er war der Meinung, daß grobe Ausschreitungen durch das allgemeine Strafrecht schon genügend getroffen werden. Das ist ja auch der Fall; denn zumeist kommen grobe Ausschreitungen dieser Art vor die Geschworenengerichte, und die sind in diesen Dingen nicht anders als die übrigen Gerichte. Ich brauche Sie nur an das letzte Urtheil des Leipziger Schwurgerichts zu erinnern, da können Sie sehen, wie die Bourgeoisie ihre Interessen sehr wohl in diesem Gerichtshof zu schützen weiß, und bei solchen groben Ausschreitungen kommen die Herren als die erste und wichtigste Instanz in Betracht. Ich meine, meine Herren, daß der Arbeiter ein Recht hat, Rechtsgleichheit zu fordern, und da das mit der Streichung des Paragraphen nicht zu erzielen ist, verlangen wir, daß die Arbeitgeber ähnlich getroffen werden sollen wie die Arbeitnehmer, daß nicht bloß immer Arbeitnehmer verurtheilt werden, sondern Arbeitgeber in dem Augenblick, wo sie ganz dasselbe thun, was der Arbeiter thut, ebenfalls. Ich bin auch der Meinung des Abgeordneten Schulze, daß nichts so sehr das menschliche Gemüth erbittert, als, wenn zwei dasselbe thun, der eine anders behandelt wird als der andere, der eine alles Mögliche erlaubt kriegt, und bei dem andern sofort mit allen Strafmitteln eingeschritten wird. Meine Herren, mit diesen Paragraphen ist aber bis auf den heutigen Tag nur gegen Arbeiter eingeschritten worden. Ich habe mir aus der Reichsstatistik die Zahl der Urtheilungen wegen Verletzung dieses Paragraphen herausgesucht, und da ergibt sich folgendes. Im Jahre 1882 wurden abgeurtheilt: 5, im Jahre 1883: 19, im Jahre 1884: 54, im Jahre 1885: 150. Arbeitgeber hat es bei aller Untersuchung, die ich und Freunde von mir angestellt haben, darunter nicht gegeben; und wenn irgend einer von Ihnen in der Lage wäre, mir einen Arbeitgeber zu nennen, der wegen Uebertretung des § 153 verurtheilt worden ist, der würde im Augenblick die größte Naturseltenheit zeigen, welche es gibt.

Wir wünschen gleiches Recht. In Görlitz z. B. wird ein Maurer verurtheilt, weil er zu einem andern sagt: Schämst Du Dich nicht, wieder in Arbeit zu treten? Du hast im vorigen Winter Arbeit gehabt, und Du wirst diesen Winter wieder Arbeit haben! — Und der Richter hat den Mann zu drei Wochen Gefängniß wegen Nöthigung verurtheilt. In Hannover wird ein Maurer verurtheilt, weil er in einer öffentlichen Versammlung die Leute daran erinnert, daß sie einen Beschluß gefaßt haben, die Arbeitseinstellung aufrecht zu erhalten, und jetzt doch in Arbeit gehen wollen. Er wird verurtheilt, er ist Arbeiter. — Ich führe den Fall an, weil ich dann unten einen ganz entgegengesetzten Entscheid in Bezug auf die Arbeitgeber verlesen will.

Meine Herren, ich bin besonders unterrichtet über das Vorgehen im Baugewerke, und zwar stehen mir da die Materialien des Dresdener Bauunternehmervereins zur Hand. In diesem Verein wurde beschloffen, eine schwarze Liste aufzustellen, um diejenigen Arbeiter, welche sich irgendwie vergangen hatten, nicht mehr in Arbeit zu nehmen, und diese schwarze Liste wurde noch dadurch aufrecht erhalten, daß man von den Mitgliedern die Feststellung einer Geldstrafe verlangte, und zur Aufrechterhaltung der Geldstrafe wurde die Hinterlegung von Garantiewechseln verlangt.

In derselben Versammlung — das erwähne ich nur beiläufig — verlangte der Vorsitzende, man solle doch nicht gar so schroff vorgehen, denn er komme heute Abend von einer Unglücksstelle; drei seiner Arbeiter seien heute durch ein herabfallendes Simsstück erschlagen worden. Das hat die Herren in Bezug auf einen anderen Beschluß beeinflusst, den nicht

gerade so schroff zu fassen, nämlich nicht eine allgemeine Aussperrung zu veranlassen. Die schwarze Liste sollte aber ihre scharfe Waffe bleiben.

In dem Dresdener Arbeiterblatt, dem dortigen „Sächsischen Wochenblatt“, kam die schwarze Liste mit allen den Statutenbestimmungen des Bauunternehmervereins in Dresden und Berlin, und zwar gestützt auf Angaben der „Berliner Bauwerkszeitung“, zur Veröffentlichung. Und was geschah? Der Staatsanwalt lud den Redakteur vor zur Auskunftsertheilung und war der Meinung, daß die Veröffentlichung einer solchen Liste aufreize, und zwar darum aufreize, weil von Baupesulanten die Rede sei, und schon dieses Wort „Spekulant“ bedeute eine Beleidigung und Aufreizung. Aber, meine Herren, der Herr ließ sich — das will ich zu seinem Lohne erwähnen — eines Besseren belehren und verlangte von der Redaktion, sie solle ihm eine regelrecht ausgearbeitete Denunziation einreichen. Das ist geschehen, und es wurde dabei darauf verwiesen, daß das frühere preussische Obertribunal auch bei einem Streik der Maurer entschieden habe, daß schon die Abrede, sich zu verpflichten, nicht in Arbeit zu treten, den moralischen Zwang bedeute, der zu einer Strafe ausreiche und genüge. Meine Herren, das wurde alles mitgetheilt, und die Staatsanwaltschaft hat darauf folgende Antwort zurückgehen lassen:

In Sachen der schwarzen Liste ist nachstehender Beschluß schriftlich ausgehändigt worden:

Die Statuten des Verbandes der Baumeister und Bauunternehmer zum Schutze gegen Streiks bestimmen, daß die Mitglieder des Verbandes diejenigen Arbeiter nicht in Arbeit nehmen dürfen, welche in der schwarzen Liste eingetragen sind, und daß letztere in jene Liste aufgenommen sind. In § 6 jener Statuten wird eine Konventionalstrafe gegenüber ungehorsamen Mitgliedern normirt.

Diese Festsetzungen sind auf Grund einstimmig gefaßter Beschlüsse aller einzelnen Verbandsmitglieder erfolgt, sie sind von jedem einzelnen frei von Nöthigung aus eigener Entscheidung gewollt. Daß seit dem Erlaß dieser Statuten eine Nöthigung, sei es auch nur eine versuchte, seitens einzelner Verbandsmitglieder gegen die anderen erfolgt sei, ist nicht beanzeigt.

Aus der bloßen Existenz jener Festsetzungen kann selbstredend eine nöthigende Absicht einzelner Mitglieder gegen das andere nicht gefolget werden. Es muß daher ein Einschreiten nach § 153 der Gewerbeordnung abgelehnt werden.

Der Staatsanwalt.

Meine Herren, das mag ganz richtig sein; man kann auch so das Gesetz auslegen. Dann durften aber auch der Maurer in Görlich und der in Hannover nicht verurtheilt werden, die auch bloß einen moralischen Einfluß ausüben wollten, während hier neben der Gefahr, allgemein in Veruruf erklärt zu werden, auch noch der Garantiewechsel mindestens dieselbe Bedrohung ist, als wenn irgend ein Arbeiter zum andern sagt, er solle sich schämen, in Arbeit zu treten.

Meine Herren, es muß aber hierbei ausdrücklich konstatiert werden, daß das Vorgehen des Dresdener Staatsanwalts hier öffentlich anerkannt werden muß, so sehr eigentlich dieses Vorgehen selbstverständlich ist. Sonst sehen wir die Staatsanwaltschaft nur in der Form, daß sie einen Jammskopf in socialpolitischen Dingen hat: nach Seite der Arbeiter hin bedeutet dieser Kopf Krieg und Verfolgung, und nach Seite der kapitalistischen Unternehmer hin ist er voller Freundlichkeit, lächelt sie an und verlangt von ihnen nur, daß sie ihm ihre Wünsche darbringen, um für ihre Interessen, wie wir das zumeist aus den verschiedensten Prozessen nachweisen können, auftreten zu können. Meine Herren, was ich aber im Dresdener Fall gewünscht hätte, das wäre ein Versuch der Anklage.

Die Staatsanwälte versuchen ja so oft Anklagen, Anklagen durch alle Instanzen, wie ich in dem Fall in Hannover bewiesen habe. Warum sollte in dieser Frage nicht einmal ein endgültiger Entscheid durch den höchsten Gerichtshof wenigstens für ein bestimmtes Land über die Auslegung dieses Paragraphen statifinden?

Meine Herren, ich sehe in der schwarzen Liste eine Unmenschlichkeit; mir scheint es, daß schon das menschliche Gefühl sich dagegen auflehnen muß, daß man Arbeiter so in Verruf erklären will, daß sie nirgends Arbeit finden, und ich meine außerdem, daß der moralische Zwang und auch der materielle immer dann vorliegt, wenn ein Arbeitgeber schon einen solchen in Arbeit genommen hat und dann von der Vereinigung gezwungen wird, diesen Arbeiter wieder zu entlassen. Meine Herren, da ich überzeugt bin, daß der größte Theil von Ihnen nicht weiß, wie eine schwarze Liste aussieht, vielleicht mit Ausnahme der wenigen Fabrikanten, und von denen vielleicht auch nur einzelne, wie der Herr Kollege Kalle u. s. w., so will ich mir erlauben, diese schwarze Liste auf den Tisch des Hauses niederzulegen, damit sie von verschiedenen Mitgliedern betrachtet werden kann, und damit Sie sehen, wie in der Ausgabe dieser Liste die Verrufserklärung und materieller Zwang, bestimmte Arbeiter nicht in Arbeit zu nehmen, enthalten ist.

(Redner legt die Liste auf den Tisch des Hauses nieder.)

Die Liste hat keine Unterschrift, damit hier das Einschreiten der Polizei, wenn sie einschreiten will, erschwert wird; man weiß gar nicht, wo sie herkommt. Es ist aber die notorische Dresdener Baugewerklifte. Da finden Sie Ausdrücke, wie „Agitatoren, Aufwiegler, Verbreiter des Bauhandwerkers“; eine Anzahl soll beschäftigt, aber dann besonders beaufsichtigt werden, und dergleichen mehr. Meine Herren, ich gebe zu, daß sich die Zustände bei den Arbeitgebern außerordentlich verschleiern. Was dort vorkommt, das kommt im Salon und in der Weinstube vor, da geht kein Polizist hin. Die Arbeitgeber sind nicht fortwährend von Spiegeln und Spionen umgeben, wie es die Arbeiter sind bei der geringsten Lohnbewegung, die sie ihrerseits vornehmen. Bei den Arbeitern wird, wenn nur in der Zeitung irgendwie die Andeutung einer Verbindung gemacht wird, sofort gesagt: da muß gehäusucht werden; da werden sie umlauert und sozusagen umschnüffelt, um jedes Wort herauszubekommen, welches man vielleicht zu einer Anklage verwerthen kann. Ja, es gibt Leute, wie der Amtshauptmann von Leipzig, welcher bei einem dortigen Formierstreif den Arbeitern sogar verboten hat, in bestimmter Zahl in Wirthschaften sich während dieser Zeit zusammenzufinden, weil er das schon als einen Verstoß ansehe und dann, wenn das Vereinsgesetz nicht aushelfe, mit dem Socialistengesetz — Sie wissen ja, wie ich schon bemerkte: mit diesem Werkzeug womit man alles machen kann — einschreiten wolle. Sicher ist aber, daß durch das Einschreiten von Polizei und Gerichten bei den Arbeitervereinigungen Brechen in die Arbeiterorganisation, in ihre Kampffähigkeit, sozusagen in die Kampflinie gebrochen werden sollen, und daß man die Organisation der Arbeiter erschüttert, die Arbeiter kampfunfähig macht gegen die schon mächtigeren Kapitalisten, nur weil sie ihre Lebenslage zu erhöhen oder die Verschlechterung derselben zu verhindern suchen. Meine Herren, die „Berliner Baugewerkszeitung“ hat auch über dieses ganze Vorgehen von Polizei und Gericht gejauchzt; sie hat gesagt: nun wird in Berlin keine Lohnhöhung bei den Bauhandwerkern mehr möglich sein. Ja, meine Herren, die trat nicht ein; die Wertheuerung der Wohnungen ist aber trotzdem eingetreten. Das bemerkte ich nur nebenher, aber bemerken will ich, wie wir überall sehen, daß der gesetzliche Schutz den Arbeitern fehlt, und daß da, wo Polizei und Verwaltung auftreten, sie immer im Gegensatz zu den Arbeitern, zu Gunsten der Kapitalisten, ihr Auftreten einrichten. Mein Antrag will auch die Unternehmer mit der Polizei und Gericht Bekanntheit machen lassen.

Ich erlaube mir jetzt nur noch in Bezug auf meinen Antrag einige wenige allgemeine Bemerkungen. Meine Herren, man glaubt das Vorgehen von Polizei und Gericht dadurch rechtfertigen zu können, und man glaubt darum eine Veränderung dieser Gesetzgebung ablehnen zu müssen, weil sonst die Streiks zunehmen würden, und weil es manche gibt, welche glauben, daß die Streiks eine „Gefahr“ werden können. Ich habe immer gehört vom Ministertisch, von Ihnen hier (rechts), auch von dieser Seite (links), daß es sich darum handle, den Mißbrauch bei Streiks zu verhüten. Mit dem Worte „Mißbrauch“ eines bestimmten Rechts wird immer, wie ich sagen will, ein arger und grober Unfug getrieben. Da wird den armen Volksklassen ein Recht gewährt, womit sie sich angeblich helfen können; wenn sie aber das Recht gebrauchen, dann ist es ein Mißbrauch, dann wollen diejenigen, die ihnen die Waffen gegeben haben, sofort wieder die Waffen wegnehmen, und sie geben ihnen nur die Waffen in dem Willen, ihnen später die Waffen beim Gebrauch abnehmen zu können.

Meine Herren, die Streiks sind nichts anderes als eine Schutz- und Nothwehr der Arbeiter; sie sind bei dem Fortschritt der kapitalistischen und technisch-physikalischen Entwicklung eine nothwendige Schutzwehr. Es soll nicht da, wo immer mehr Arbeitskräfte freigesetzt werden, die Lage der Arbeiter noch bedeutend verschlechtern und, wie ich schon gesagt habe, zu einer Hungerexistenz herabgedrückt werden.

Meine Herren, als wir gesetzliche Organisation zum Schutz der Arbeiter verlangten, da haben Sie diese gesetzlichen Organisationen abgelehnt. Als wir im Reichstag die Einführung der Arbeitskammern beantragten, da ist der große Socialpolitiker des Centrums damals unter Beifall auf der linken und Rechten aufgetreten, Herr Dr. von Hertling, und sagte: das ist bloß eine bürokratisch-mechanische Organisation, damit ist nichts anzufangen, — während von uns diese Organisation als eine neue, öffentlich-rechtliche Stellung der Arbeiter bezeichnet wurde. Sie haben alles abgelehnt. Den gesetzlichen Minimallohn lehnen Sie ab, Sie sagen: den erträgt unser ganzer Industriestand nicht. Das „Recht auf Arbeit“ ist Phrase geblieben; das hat der Herr Reichskanzler sozusagen als eine schilfernde Seifenblase in das Publikum geschleudert: wie ich meine, — es war damals vor den Reichstagswahlen — in der Erwartung vielleicht, daß die Arbeiter bei den Reichstagswahlen in bestimmten Stichwahlen sich zurückhalten würden. Daß zum „Recht auf Arbeit“ ausreichender Arbeitslohn gehört, ist niemals zugestanden worden; es waren bloß Phrasen ohne jeden Versuch, das Gesprochene in die Wirklichkeit umzusetzen.

Meine Herren, manche von Ihnen glauben aber die Streiks nur deshalb unmöglich machen zu müssen, indem sie mit dem Polizeiminister Herrn von Puttkamer sagen, daß bei jedem Streik die Gefahr der Anarchie und der Gewaltthat im Hintergrund lauern. Sie wissen, Herr von Puttkamer liebt diese starken Ausdrücke, er malt gern grau, er malt gern blutig-roth, und da deutet er gern an, was „im Hintergrunde gefährlich lauert.“ Jeder Einsichtige aber, jeder, der sich um die kulturgeschichtliche, der sich um die socialpolitische Entwicklung der Menschheit gekümmert hat, weiß wie wenig das zutrifft; der weiß, daß solche Gefahren vorhanden sind bei den unorganisirten, nicht aber bei den organisirten Arbeitern. Gewaltthaten bei den Streiks waren in Oberschlesien, Gewaltthaten bei den Lohnauszahlungen fanden in der Zuckerindustrie statt — da, wo man die polnischen Arbeiter sowie Vieh bald hinholt, bald wieder weggefördert und auch behandelt. Aber in den übrigen Theilen des Landes — dort, wo organisirte Arbeiter sind, die sich um Politik und um die socialpolitische Entwicklung kümmern — ist es zu solchen Gewaltthaten nicht gekommen. Das ist auch ganz erklärlich, weil diese Leute den Mechanismus der Gesellschaft eher kennen, weil sie auch wissen, wie innerhalb bestimmter Gesellschaftsformen etwas durchzusetzen ist, und daß gewisse andere Forderungen

nur wieder in bestimmten Formen auf einem anderen Gebiete durchgesetzt werden müssen.

Meine Herren, ich will gerade die Herren, die sonst auf unsere Äußerungen nichts geben, — da ich nicht in der Lage bin, Ihnen eine poetische Darstellung zu machen, — auf den Zola'schen *Germinal* aufmerksam machen. Ich bin überzeugt, es würde der ganzen konservativen Partei, den Anhängern des Socialistengesetzes im Centrum, auch allen Herren von der nationalliberalen Partei nichts schaden, wenn sie solchen Darstellungen ihre Aufmerksamkeit schenken würden. Dort ist in poetischer Weise dargestellt worden, wie der Arbeiter, der unorganisiert ist, der am öffentlichen Leben nicht theilnimmt, wie er selbst dann, wenn er niedergedrückt wird, von einem stillen Rachedurst erfüllt ist, und wie er eine immerwährende Gefahr gewaltthätiger Explosionen bildet.

Meine Herren, organisierte Arbeiter kennen den Mechanismus; die wissen, welches feine Gewebe die Gesellschaftsentwicklung ist, aber die sind auch davon überzeugt, daß, wenn die groben Polizeifinger in dieses Gewebe hineingreifen, sie nur Fäden zerreißen und die ruhige Fortentwicklung bedeutend stören, hindern und nur großen Nachtheil schaffen können. Ich glaube darum, nur die Verzweiflung die Hoffnungslosigkeit greift zum Gewaltakt, die Hoffnung arbeitet immer mühselig an der Verbesserung, an der Vervollkommnung der Zustände. Ein deutlicher Beweis für die Richtigkeit meiner Auffassung sind die Vorgänge in Amerika. Die verzweifeltsten Anarchisten, die an der Entwicklung von Staat und Gesellschaft verzweifeln, werfen Bomben; die organisierten Arbeiter in New-York betheiligten sich an der Bürgermeisternwahl und wollen durch die politische Organisation Gewalt und ein gewisses Recht der Mitbestimmung erlangen.

Meine Herren, Sie von der nationalliberalen Partei erinnere ich an einen früheren Führer, der nach meiner Meinung Ihnen in socialpolitischer Beziehung gerade so fehlt, wie drüben der Rechten der Geheime Rath Wagner, wenigstens was richtige Einsicht in die socialpolitischen Dinge betrifft, — an Herrn Miquel. Herr Miquel hat erst in diesem Jahre auf dem Congreß für Socialpolitik unter anderem gesagt: „es sei eine ganz vernunftgemäße Sache, wenn auch die Arbeiter an den Gütern des Lebens theilnehmen wollen.“ Die Rede war noch ausgedehnter. Ich will sie in ihrem Zusammenhange nicht vorführen, ich will nur sagen, daß er es für vollkommen berechtigt hielt, daß die Arbeiter die verschiedensten Organisationen und Formen suchen und bilden, um in socialpolitischer Beziehung ihre Lage zu bessern. Der Herr schilderte ganz besonders die Gefahren, welche den Arbeitern in Bezug auf die Verschlechterung der Wohnungen in großen Städten drohen; er will zu einem Theil die Wohlthätigkeit, zum anderen die Gesetzgebung in Anspruch nehmen. Aber wenn die Arbeiter nicht freie Organisationen haben, um Einfluß auf solche Gestaltungen zu üben, dann werden auch nach meiner Meinung die Verbesserungen für sie nicht eintreten.

Meine Herren, ich glaube darum, daß gerade Sie, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, sich zu sagen haben: die freie Vereinigung und damit die ganze freie Vereinigung, ungehindert durch derartige Gesetze und Polizeivorschriften, wie ich sie geschildert habe, muß gewährt werden, weil sie das einzige Mittel heutigen Tages ist, damit die Arbeiter, wie ich schon sagte, ein gewisses Kulturniveau erringen können. Dann wiederhole ich: das Streben nach Vereinigung ist etwas menschliches, etwas erklärliches; in der Gesellschaft drückt sich das schon aus. Wo der gleiche Lebenszweck, der gleiche öffentliche Zweck verfolgt wird, das gleiche Interesse die Menschen bindet, ist die Vereinigung um so erklärlicher und nothwendiger. Und wenn man die freie Vereinigung den Arbeitern nimmt, nimmt man ihnen die Hoffnung, macht sie hoffnungslos und stellt sie auf den Standpunkt, alles auf die Gewalt stellen zu wollen, und muß

sich dann sagen: wenn die Gewalt ausreicht, dann tritt, was die notwendige Konsequenz jeder Unterdrückung der freien Organisation der Arbeiter ist, Verelendung und Verknechtung ein. Ich bin für eine ruhige Fortentwicklung, ich bin dafür, daß auf Grund der ruhigen Fortentwicklung, wie es Dühring nennt, die Socialisirung der Gesellschaft durch den Staat sich vollzieht.

Was ich aber heute fordere, glaube ich, muß jeder fordern, der auf dem Standpunkte der Gerechtigkeit steht: das gleiche Recht. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit, die niemand, der gerecht sein will, von der Hand weisen sollte. Ich glaube auch, daß in der gegenwärtigen Frage alle Arbeiter hinter uns stehen, und zwar nicht bloß die socialistischen, sondern auch die Arbeiter des Herrn Abgeordneten von Malkahn, die Arbeiter des Herrn Abgeordneten von Hertling und auch alle die Arbeiter, die sich noch nicht zu socialistischen oder sonst bestimmt politischen Anschauungen bekannt haben. Ich möchte die Herren vom Centrum bitten, in einer solchen Frage einmal den Abgeordneten Stökel zu Rathe zu ziehen und nicht immer den Herrn Abgeordneten von Hertling; den einzigen Arbeiterabgeordneten den die Herren haben, den Abgeordneten Stökel, sehen wir aber niemals hier hervortreten. Er wird ihnen bestätigen können, wie auch in den kirchlich gesinnten Arbeiterkreisen die Freiheit der Organisation gewünscht wird, und daß da, wo sie nicht gewährt wird, wie in vielen Theilen Westfalens, es zu manchen Eruptionen und Gewaltthaten kommt, wie wir sie noch nie in den socialdemokratisch gesinnten Theilen Deutschlands haben auftreten sehen. Ich bin der Meinung, daß ungerecht gehandelt wird, wenn dem Armen und Elenden, der so schon die ganze Last des Lebens zu tragen hat, und dem schon in Folge seines Elends es schwerer wird, irgendwie Handlungen vorzunehmen, die seine Lage bessern können, weil er wirtschaftlich abhängig ist, noch durch die geschilderten Vorgänge das Leben doppelt schwer gemacht wird. Es wird am besten gefahren zum Heile unserer ganzen gesellschaftlichen Entwicklung, wenn Sie diese Freiheit der Organisation gewähren; und ich kann nur mit einem Satze Schillers schließen:

Vor dem Sklaven, welcher die Kette bricht, — .

Vor dem freien Manne erzittere ich nicht!

(Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abgeordneter **Saunders**: Meine Herren, wenn der Herr Vorredner, Herr von Hellendorff, vorhin gesagt hat, daß der Eindruck, den die Verhandlungen durch die sogenannte Opposition dem Auslande gegenüber machten, ein für unser Land nicht guter sei, so bestreite ich das auf das entschiedenste. Ich bin der Meinung, daß diese Verhandlungen im Reichstag auf das Ausland einen günstigen Eindruck machen müssen, weil daraus hervorgeht, daß in Deutschland die große Majorität des Volkes friedensbedürftig ist. Dabei können Sie (nach rechts) so oft, wie Sie wollen, sagen: das ist eine Verschleppungspolitik, das ist eine reichsverwässerische Politik, der Regierung nicht alles sofort zu bewilligen; das hindert an der Sache nichts, das Ausland fühlt sich durch diese Politik beruhigt. Die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers hat allerdings das Gegentheil erzielt und auf das Ausland den Eindruck gemacht, daß unsere Regierung kriegslustig ist.

(Oho: rechts)

Das klang aus der Rede heraus, und wahrhaftig, Herr Deroulède hat seinen Meister gestern gefunden.

(Große Heiterkeit rechts.)

— Ich bin ja das gewöhnt, meine Herren auf der Rechten, daß, wenn einer von uns redet, Sie denselben durch Lachen zu stören suchen, aber das hilft Ihnen nichts, wir bleiben dabei immer ruhig.

Meine Herren, unsere Stellung ist in der That, obwohl sie ja vorher schon feststand, noch erleichtert worden durch die Rede, die der Herr Fürst Bismarck gestern gehalten hat. Von einer Russengefahr ist gar nicht die mehr die Rede: in den Armen liegen sich beide, Preußen und Rußland, wie schon so lange Zeit, und nicht zum Glücke unseres Vaterlandes.

(Oho: rechts)

— ja wohl, nicht zum Glücke unseres Vaterlandes.

Man hört aus der ganzen Rede des Herrn Reichskanzlers heraus, daß er nur darauf ausgeht, die jetzige französische Republik, die ja den monarchischen Staaten unbequem ist, zu bekämpfen. Ich bin nicht Anhänger einer Bourgeoisirepublik — das braucht Niemand zu denken —, aber es weht doch dem Arbeiterstand gegenüber drüben ein viel freierer Wind, jenseits der Vogesen, als hier.

(oho! rechts)

— gerade dem Arbeiterstande gegenüber. Die Herren, die drüben in Paris vorzugsweise den Arbeiterstand vertreten — wenn auch Herr von Hellendorff das nicht zugestehen will —, stellen sich genau so wie wir auf den Standpunkt des Friedens. Es ist vor ein paar Tagen in der französischen Kammer durch die Socialdemokraten ein Abrüstungsantrag eingebracht worden. Also Sie sehen haben und drüben:

das Volk will den Frieden, das Volk will keine Aufrüstung haben, das Volk will Abrüstung jenseits der Vogesen und diesseits der Vogesen. Darin sind die Arbeiter aller Länder einig.

Meine Herren, die geistreiche Rede des Herrn von Bismarck, die eine Rußengefahr für lange Zeit hinaus nicht in Aussicht stellt, kann uns nur bestärken, daß wir gegen die Vorlage stimmen, weil dadurch constatirt wird, daß keine Vaterlandsgefahr vorhanden ist. Den Franzosen aber — nebenbei auch durch die Grenzverhältnisse beeinflusst — wird es nie einfallen, uns anzugreifen, wenn wir sie nicht angreifen wollen.

(Lachen.)

Und außerdem ist es doch jedenfalls ein merkwürdiges Gefühl der Schwäche, wenn wir von einem an und für sich schwächeren Lande, an Einwohnerzahl geringeren als Deutschland, in eine gewisse Angst gerathen und immer aufrüsten. Graf Moltke hat sehr richtig gesagt, daß solches Aufrüsten zu baldigen Entscheidungen bei dem Lande führt, welches zuerst die überschwere Rüstung allzu drückend fühlt. Das kann Deutschland genau so leicht passieren wie Frankreich. Das deutsche Reich kann durch die schweren Rüstungen in eine Lage gebracht werden, daß es los schlagen muß, wenigstens die Regierung, und was dann kommt, wissen Sie so wenig wie wir, trotz der Regimenter, trotz der Soldaten, die Sie (rechts) mehr bewilligen wollen. Die machen bei einem Entscheidungskampf zwischen zwei großen Nationen nicht viel aus.

Meine Herren, es ist ganz etwas Anderes, wenn Sie im Lande selbst das Volk zur Vertheidigung seiner Interessen aufrufen können. Wenn Sie das Volk so stellen, daß es dem Vaterlande treu sein will, wenn Sie solche Einrichtungen treffen, dann wird keine Kriegsgefahr vorhanden sein. Aber wenn Sie das Volk durch das Socialistengesetz, durch Polizeimaßregeln, durch die sogenannte Puttkameret

(große Heiterkeit)

so arg quälen, dann können Sie auch in Zeiten der Gefahr auf das Volk sich nicht verlassen.

(Lachen.)

Die Drohungen mit Auflösung des Reichstags, die gestern vom Regierungstisch und heute auch indirekt durch Herrn von Hellendorff gemacht worden sind, können gerade meine Partei kühl bis an's Herz hinan lassen. Die Auflösung, der Appell an das Volk, ist uns immer und zu jeder Zeit angenehm. Ich hätte ganz gern, daß einjährige Legislaturperioden vorhanden wären, daß jedes Jahr an das Volk appellirt werden könnte. Das wäre ein Fortschritt, der uns zu statten käme, und bei dem Sie (rechts) wenig Blumen pflücken würden.

Meine Herren, Herr von Hellendorff meinte, wir seien nicht die Vertreter der Arbeiter. Das haben wir in diesem Umfange auch nicht behauptet. Wir sind Vertreter der Arbeiterpartei und des Gedankens, daß der Arbeiter eine bessere Stelle in der Gesellschaft einnehme. So und nicht anders fassen wir es auf.

Wenn der Herr Fürst von Bismarck erklärt hat, daß die Männer, welche Unglück durch ihr Verhalten über das Vaterland heraufbeschwören, eigentlich zur Verantwortung gezogen werden müßten, so will ich dem nicht widersprechen. Aber ich erkläre, wenn er alle Leute, die schon Unglück über das Vaterland heraufbeschworen haben, zur Rechenschaft dereinst einmal ziehen will, so kann er sich in seiner Nachbarschaft umsehen, von wo aus so viel Unglück gegenwärtig über das Vaterland heraufbeschworen wird, daß ein Krieg unter Umständen dem arbeitenden Volke als gar keine Gefahr erscheint. So steht die Sache.

(Bravo! links.)

Meine Herren, eine gewisse Angst vor einer zukünftigen socialdemokratischen Majorität klang aus der Rede des Herrn Fürsten Bismarck hervor. Er sagte, den Herren Dr. Windthorst und Richter wolle er ja

zugestehen, daß sie nach drei Jahren wiederum das Nothwendige in Militärsachen bewilligen würden; wenn die Socialdemokraten einmal die Majorität hätten, dann würden derartige Gesetze nicht bewilligt werden; auf solche schwankende Grundlage wolle er sich nicht einlassen. Der Herr Fürst Reichskanzler befindet sich in einer Täuschung. Wenn wir einmal die Majorität haben, dann würden überhaupt solche Vorlagen gar nicht eingebracht

(große Heiterkeit),

dann braucht auch der Herr Fürst Reichskanzler die socialdemokratische Partei nicht mehr in solcher Weise in seine Berechnungen zu ziehen.

Der Herr Fürst Reichskanzler hat gestern auch mit einer gewissen Betonung den Gegensatz zwischen kaiserlichem Heer und Parlamentsheer hervorgehoben. Wenn der Reichstag so, wie er jetzt zusammengesetzt ist, so viel bewilligt, wie es selbst die Deutschfreisinnigen thun, und vor allem wie es das Centrum, besonders nach dem heutigen Antrag, thut, dann kann von einem Parlamentsheer in Wirklichkeit nicht die Rede sein. Es wurde gestern im Foyer oder sonstwo ein guter Witz gemacht, indem von einer Parlamentsmarine gesprochen wurde, die wir jetzt schon befeßten

(Heiterkeit),

für die der Reichstag die Mittel jährlich bewilligen oder verweigern kann. Die Marine steht somit ganz auf dem Boden des Parlamentarismus. Jedes Jahr hat der deutsche Reichstag über die deutsche Marine zu entscheiden. Ist denn die deutsche Marine, weil sie eine Parlamentsmarine ist, nun auf einmal so unendlich schlecht? Ich habe nirgends davon gehört; sie ist ganz nett dabei geblieben.

(Heiterkeit.)

Man muß sich durch solche Schlagworte, die nur in das Land geschleudert werden, um die Stimmung im Lande zu verwirren, nicht irritiren lassen. Ich wünsche, daß dies bei Ihnen (links) nicht geschieht; bei uns haben solche Versuche keine Bedeutung; die Arbeiter unserer Partei lassen sich nicht verwirren. Mögen aber auch in dem bevorstehenden Wahlkampf solche Schlagworte bei den Wählern der sogenannten Oppositionsparteien nicht ziehen.

Meine Herren, wenn der Herr Fürst Reichskanzler gestern sagte, daß keine Volksvertretung in der Welt derartige Forderungen der Regierung verweigere, so ist das durchaus nicht richtig. Jedes Jahr kommt in Ungarn eine Militärdebatte von weit längerem Umfange vor, wobei fast immer die Volksvertretung irgend eine Position verweigert, wenn auch nur in kleinem Umfange, wo man sich aber nur selten direkt auf den Standpunkt der Regierung stellt, sondern mindestens eine solche Opposition macht, so schlimm, wie die Opposition des Centrum's.

(Heiterkeit.)

Das geht in Italien gerade so. Auch in Frankreich hat Boulanger sehr viel kämpfen müssen, um seine Forderungen durchzusetzen; aber ich bin der festen Ueberzeugung, er wird jetzt mit Leichtigkeit viel mehr beim Parlament durchsetzen, wenn er die gehörige Rede des Herrn Fürsten Reichskanzler gedruckt vor sich hat.

(Sehr richtig! links.)

Wenn also der Herr Fürst Bismarck davon redet, daß kein Parlament der Welt sich so unliebenswürdig, so oppositionell, wie hier die Majorität es thut, verhalte, — ja, dann sage ich aber: kein Parlament der Welt würde auch so geduldig dabei sein, wenn es in der Art angegriffen worden wäre, wie der Herr Fürst Reichskanzler gestern den deutschen Reichstag, wenigstens die Majorität desselben, angegriffen hat; kein Parlament der Welt würde sich das gefallen lassen. Theilweise haben die übrigen Länder ere Verfassungen als wir, wodurch sie in der Lage sind, nicht zu dulden,

daß ein Mann, der das Parlament so behandelt, wie dies gestern geschah, noch länger auf seinem Posten stehe.

(Oho! rechts. Bravo! links.)

Vizepräsident Freiherr von und zu Franckenstein: Die letzte Aeußerung des Herrn Redners scheint mir unzulässig, ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Abgeordneter Sasencleber: Sie rufen mich aus dem Herzen des Fürsten Bismarck zur Ordnung.

(Unruhe.)

Meine Herren, außerdem ist, was ich schon in der Kommission gesagt habe, diese Vorlage gar nicht eine solche, die irgendwie, wenn das Vaterland wirklich in Gefahr ist, besonders nützen würde. Nein, im Gegenteil. Die erste Rede des Herrn Grafen von Moltke, auf deren Urtheil auch ich viel gebe, trug für mich den Schein der innerlichen Wahrhaftigkeit mehr an sich, als die gekrigte desselben Herrn. Die gekrigte Rede befindet sich mit der ersten im Widerspruch. In der Rede bei der ersten Lesung hat Graf Moltke gesagt, daß, wenn Nationen, besonders solche Kulturnationen, die auch die Arbeiten des Friedens zu verrichten haben, fortwährend in gegenseitig gereizter Stellung aufrüsten, — daß dann der Panzer für die eine oder andere Nation so gewaltig wird, daß sie den Panzer abwerfen will, gern abwerfen möchte. Sie kann es aber nicht mehr, da sie sonst als wehrlos vom Gegner angegriffen würde. Deshalb greift sie selbst an, gleichviel ob dadurch das größte Unglück für das Land erzielt wird: es ist der Verzweiflungskampf des Ueberrüsteten. Das lag in der Rede des Herrn Grafen Moltke, der Gedanke: die Nationen können nicht so lange aufrüsten, wie sie wollen, es muß schließlich die eine aus lauter Noth, Elend und Verzweiflung den Krieg anfangen. Gestern sagte Graf Moltke: wenn wir die Vorlage nicht bewilligten, dann würde der Krieg entstehen. Ich bin gerade der entgegengesetzten Meinung: wenn wir sie nicht bewilligen, dann werden die anderen Nationen des europäischen Festlandes beruhigt werden und selbst nicht mehr so wahnsinnig aufrüsten, wie sie es bisher auch gethan haben. Das beruht auf Gegenseitigkeit. Ich will die französische Regierung durchaus nicht herausstreichen; auch dort ist der unsinnige Chauvinismus noch vorhanden. Aber leider zeigt er sich auch hier vom Regierungstische aus. Wenn wir einhalten würden in der Aufrüstung, die Franzosen würden es wahrscheinlich auch thun, die Russen aber sind ja, wie wir gestern gehört haben, nach wie vor unsere lieben Brüder, von denen wir nichts zu fürchten haben; so wäre ja dann der Krieg für lange Zeit vermieden. Aber, wenn wir die geforderte große Erhöhung des Militäretats vornehmen, wenn wir sie in der ausgesprochenen Absicht vornehmen, daß diese Erhöhung des Militäretats gegen Frankreich gerichtet ist, — wer kann es den Franzosen dann verargen, wenn sie auch weiter rüsten, um ihr Vaterland zu vertheidigen? So steht doch die Sache nicht, wir sind doch nicht allein die Menschen auf der Erde. Die Franzosen sind genau so gut, wie wir und wir wie die Franzosen. Ich bedauere gerade, daß solche prachtvollen Kulturnationen, wie in Frankreich und Deutschland vorhanden sind, fortwährend im Vernichtungskampfe stehen wie ein paar gewappnete Ritter des Mittelalters und sich gegenseitig anrempeln

(Geisterkeit),

während beide die Kulturentwicklung pflegen sollten.

(Sehr gut! links.)

Meine Herren, die Welt steht nicht auf den Bajonetten; die Kulturentwicklung, welche diejenigen führen wollen, die die gegenwärtige Vorlage annehmen, wollen wir durch unser ablehnendes Votum fördern.

Meine Herren, ich komme nun zu den sogenannten Entrüstungsstürmen. Sie machen sich in der That Illusionen, wenn sie auf dieselben irgend Gewicht legen. Diese Entrüstungsstürme sind hauptsächlich gerichtet

gegen die gemäßigte Opposition, gegen das Centrum, welches ja alles bewilligen will, „jeden Mann und jeden Groschen“, und gegen die Deutschfreisinnigen, die ja zum Theil mit schuld daran sind, daß Sie überhaupt ein Septennat haben. Gegen diese zahmen Leute entrüstet sich das deutsche Volk? Das ist nicht wahr, das deutsche Volk ist gar nicht so feige, daß es sich in dieser Weise entrüsten sollte! Das sind Mähereien, manchmal der ekelhaftesten Art

(sehr richtig! links),

und ich werde Ihnen ein paar Beispiele davon anführen.

Ich habe schon gesagt, daß die Verschleppung, die hier im Reichstage bei der Militärvorlage geschehen, in der That, eine Wohlthat für den europäischen Frieden ist, weil die anderen Nationen merken, daß es in Deutschland auch noch andere Männer gibt, die nicht auf das Bajonnett sich steifen. Die Anträge der Deutschfreisinnigen wollen die jetzige Friedenspräsenzstärke um 27 000 Mann jährlich erhöhen. Es ist nicht wahr, wenn man sagt, diese Herren wollten das Land wehrlos machen; nein, sie wollen 27 000 Mann mehr bewilligen, als gegenwärtig vorhanden sind. Das ist doch ein weites Entgegenkommen, und wenn die Regierung selbst an die Kriegsgefahr glauben würde, mit Freuden müßte sie diesem Antrag schon zustimmen. Die Regierung glaubt gar nicht an den Krieg; sie thut nur so, sie will nur dem Reichstag und dem Volk mit allerlei Mittheilungen graulich machen!

(Zuruf rechts: Sie wissen das besser!)

— Ja, das weiß ich besser!

(Weiterkeit.)

Sie will dem Volk nur graulich machen; und gegen wen, meine Herren, soll sich der Krieg eigentlich richten, wenn keine Gefahr vom Auslande besteht? Seien wir doch einmal ganz ehrlich und verständig, meine Herren. Ich will es Ihnen sagen: die Militärerhöhung soll den heutigen Staat nicht allein und vor allen Dingen gegen das Ausland schützen, sondern der heutige Staat will damit die Zügel der Reaktion, die leider so sehr herrscht, noch fester anziehen.

(Ah! rechts; sehr richtig! links.)

Das ist meines Erachtens der Kern der ganzen Vorlage: sie ist nicht gegen das Ausland gerichtet; nein, sie ist theilweise ebenso wie das Socialistengesetz, wie die Kulturkampfgesetze wie die Puttkameri u. s. w.

(große Heiterkeit)

gegen das Volk, gegen die Arbeiter gerichtet. Was man lange schon auf dem Herzen hat, das muß doch auch einmal herausgeredet werden.

(Sehr gut! rechts. Weiterkeit.)

Um zunächst auf die Entrüstungstürme noch näher einzugehen, will ich Ihnen einige Mittheilungen machen, die mir gerade zufällig zur Kenntniß gelangt sind. Ich will damit nur festzustellen suchen, was diese Entrüstungskomödien eigentlich zu bedeuten haben, damit Sie (nach rechts) sich nicht darauf zu stützen brauchen, wenn Sie Ihre Stellung vertheidigen wollen, die ich ja gut verstehe. Ich weiß ja, daß die Konservativen und Nationalliberalen nun einmal auf dem Standpunkt der Heeresbewilligungen, der neuen Formationen u. s. w. sich befinden. Ja, ich kann es auch begreifen und habe auch gar keine Lust, durch meine Rede irgend eine andere Stimmung machen zu wollen; aber ich sage: lassen Sie sich in Ihrer Haltung wenigstens nicht durch die Entrüstungstürme beeinflussen, dieselben haben gar keinen Werth, die sind so überflüssig gewesen und so kleinlich, so kindlich, daß man nicht viel darüber zu sagen hat. Ich greife deshalb auch nur ein paar Punkte heraus. Ich habe betont, daß diese Sachen mir zur persönlichen Kenntniß gekommen sind.

Zunächst wurde in meinem jetzigen Aufenthaltsort, in Halle, von konservativer Seite eine große Versammlung einberufen, und wie es bei der gewissen Aufregung, die im Reichstag und im Volke herrscht bei dieser

Frage, zu erwarten war, war die Versammlung gut besucht. Ich selbst war nicht zugegen; aber verschiedene Arbeiter hatten sich dort eingefunden. Als diese Arbeiter verlangten, daß man ihnen auch zur Diskussion das Wort geben möge, wurde ihnen das verweigert, und als sie in Folge dessen unwillig wurden, kam der Pöbel in Glaceehandschuhen und warf die Leute hinaus, weil er in der Ueberzahl war, und weil die Polizei ihn dabei noch unterstützte. Darauf wurde ich aufgefordert, besonders da ich auch Mitglied der Kommission für die Militärvorlage im Reichstage war, die ganze Frage auch von meinem Standpunkte aus klarzustellen. Ich sollte in einer Versammlung reden. Nach den Berichten über die konservative Versammlung, die in den konservativen Blättern über das Verhalten der Reichstagsmajorität und über die sogenannte Opposition standen, fühlte ich mich veranlaßt, schon um der Wahrheit die Ehre zu geben, und wenn es weiter nichts gewesen wäre, Aufklärungen zu machen über den ganzen Stand der Verhandlungen.

Was war die Folge? Verbot der Versammlung auf Grund des Socialistengesetzes. Das Volk wollte Aufklärung haben; die Polizei verhinderte dies. Nur den schon vorher Entrüsteten, erlaubte man, sich weiter zu entrüsten.

(Weiterkeit.)

Die Gründe des Versammlungsverbots sind allerdings einigermaßen merkwürdig. Hauptgrund: der Hasenlever ist Socialdemokrat, und deshalb muß die Versammlung auf Grund des Socialistengesetzes verboten werden. So werden die Gesetze gehandhabt, und so wird überhaupt Stimmung im Lande zu machen gesucht.

Weiter, meine Herren, sind aus Berlin einige Vorfälle zu berichten. Hier fand gleichfalls eine größere Versammlung auf Tivoli statt. Hauptsächlich bestand dieselbe aus konservativen Herren. Doch ich möchte die Partei hier im Hause als solche nicht verantwortlich machen für diese Versammlung, das wäre unrecht, wenn ich das thun würde; denn die Art und Weise, wie es da zugegangen ist, und zwar nur deshalb, weil auch Socialdemokraten — ob Fortschrittler darunter waren, weiß ich nicht — die Diskussion verlangt hatten, ist geradezu grauenhaft zu nennen. Wenn man eine öffentliche Versammlung einberuft, ist es doch ein Konsens, wenn keine allgemeine Diskussion stattfindet; als diese nun verlangt wurde, wurden auch hier die nicht zahlreich erschienenen Arbeiter von dem Pöbel in Glaceehandschuhen gehauen, und zwar unter dem Schutze der Polizei. Das können Sie (nach rechts) sicherlich auch nicht billigen, meine Herren, davon bin ich überzeugt. Ein konservatives Blatt, die „Staatsbürgerzeitung“, rühmt, daß bei der Reinigung dieser Versammlung jeder Socialdemokrat trotz des begleitenden Schutzmannes Spießruthen zu laufen hatte. Hagelbicht fielen die Faustschläge; manchmal war es bedrückend, diese Züchtigung mit anzusehen. Ja, meine Herren, das wird keiner von Ihnen billigen können.

(Weiterkeit.)

Ich erkläre, daß selbst Herr von Köller den Kopf geschüttelt hat.
(Zuruf des Abgeordneten von Köller.)

— Ich lobe Sie ja, Herr von Köller!

(Zuruf des Abgeordneten von Köller: Danke!)

Meine Herren, wenn solche Entrüstungsgeschichten vorkommen, sollte jede Partei sich sagen, es könne ihr selbst nicht dienen, daß mit solchen Flegelzügen vorgegangen, wenn der Krieg im Frieden in Versammlungen aufgeführt wird. Wenn derartige Kaufereien in den Versammlungen promoviert werden, wenn man dort schon Krieg führt, wie man ihn gegen Frankreich wünscht, dann muß das Menschenherz erschüttert werden bei solchen Vorgängen.

(Oho!)

— Ja wohl, meine Herren, weissen Herz nicht erschüttert wird, der hat eben kein Herz.

Meine Herren, genau wie mir ging es auch meinem Freund Stolle. In Glauchau, wo er in der Nähe wohnt, wurde auch eine sogenannte Entrüstungsversammlung gemacht, und es liegt von dort auch eine Petition vor, worin steht, daß die gefasste Resolution von Personen verschiedenster Parteien angenommen wurde. Es gibt aber nur zwei Parteien in ganz Glauchau: das ist die Socialdemokratie und die vereinigte Ordnungspartei, Nationalliberale und Konservative. Wie ist es nun möglich, daß die verschiedensten Parteien — weil die Socialdemokraten doch solche Entrüstungsgeschichten nicht unterschreiben — wie ist es also möglich, daß Leute verschiedener Parteien unterzeichnet haben können? Nein, es war die schon vorher entrüstete Partei, die unterzeichnete. Dahingegen wurde eine Versammlung, die mein Freund Stolle abhalten wollte, um diese Entrüstetelet auf das richtige Niveau zurückzuführen, aus demselben Grunde wie die meinige in Halle verboten.

Soeben erhalte ich einen Brief aus Württemberg — es sind nur ein paar Zeilen; Sie gestatten, ihn vorzulesen:

400—500 in Sanders Gartenlokal zu Heilbronn versammelte Heilbronner Einwohner ersuchen Sie dringend, zur Kenntniß des Reichstags zu bringen, daß ein großer Theil der Unterschriften unter den württembergischen Petitionen für die Annahme der Militärvorlage nur dadurch erlangt wurde, daß von vielen, wenn nicht von allen, protestantischen Kanzeln des Landes während der letzten Festtage von einem drohenden kriegerischen Angriff auf das deutsche Reich gepredigt worden ist.

(Zuruf: Namen! — Zuruf: Seit wann gehen Sie überhaupt in die Kirche?)

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Freiherr **von und zu Frankenstein**: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Sasenclever**: Unterschrieben: Gustav Kittler, Gemeinderath.

Nun erlauben Sie mir die eine kurze Bemerkung, daß es wirklich eigenthümlich ist, wenn die Prediger der Bruderliebe und Menschenliebe zum Krieg und zum Kampf auffordern von den Kanzeln herunter; dadurch degradiren sie ihre Religion und sich selbst ganz besonders.

Meine Herren, ich will nur noch bemerken, daß die Unterschriften für die Petitionen dadurch in so großer Zahl erlangt worden sind, daß in den einzelnen Fabriken die Faktoren und Komptoristen in die Werkstätten der Arbeiter gegangen sind und ihnen die Petitionen zur Unterschrift vorgelegt haben. Das bedeutet weiter nichts als: die Leute wurden gezwungen, zu unterschreiben; hätten sie sich geweigert, dann wären sie mitten im Winter auf das Pflaster geworfen worden resp. in den Schnee hineingestoßen worden. Die Unterschriften aber, auf solche Weise gesammelt, haben gar keinen Werth; sie wenden sich im Gegentheil gegen die Sammler und erzeugen nur Haß gegen dieselben. Dabei spricht man dann in konservativen Zeitungen von „spontanen Aeußerungen des Volkes“, wenn solche Hinterlistigen gemacht werden.

Meine Herren, ich will noch an ein Vorkommniß erinnern. Nach der Tivoliverammlung hier wurde von den Konservativen, in der Weberstraße war es — eine weitere Versammlung einberufen, in welcher das arbeitende Volk in großer Mehrzahl vorhanden war; da mußte der Herr Vorsitzende seiner Entrüstung einen Dämpfer aufzusetzen, indem er die Versammlung schloß, weil eine polizeiliche Meldung nicht rechtzeitig oder rechtsgiltig vorhanden sei. Er schloß aber in der That die Versammlung nur, weil Gefahr im Verzug war gegen die Entrüstung. Sonst thut das ein konservativer Vorsitzender nicht, wenn auch die Bescheinigung nicht zur

Stelle ist. Bei konservativen Versammlungen drückt bei solcher Sachlage immer die Polizei ein Auge zu

(Zuruf: Zwei!)

— also zwei Augen zu.

(Große Heiterkeit.)

Auf die Ausführungen des Herrn von Hellendorff, die Reichseinkommensteuer betreffend, will ich hier nicht näher eingehen. Darüber wird ja wohl bei Gelegenheit der deutschfreisinnigen Resolution noch näher gesprochen werden, wer die Kosten zahlen soll, die eine solche Heeresvermehrung im Gefolge hat.

Doch habe ich noch einen Nachtrag zu meinen vorigen Ausführungen zu machen. In den Entrüstungsversammlungen waren meistens junge Leute, Studenten anwesend; auch wurde behauptet, was ich aber nicht positiv feststellen kann, daß auch Offiziere in Civil dabei gewesen seien. Man soll dies an den Physiognomien gemerkt haben. Und diese sogenannten Gebildeten sollen die Kaufereien losgelassen haben. Dabei kann ich nur die Ueberzeugung aussprechen: wenn es einmal wirklich Ernst wird, werden gerade diese Herrchen, welche die Entrüstungskomödien spielen und dabei sich roh betragen, nicht gern dabei sein wollen, und wenn sie einmal die Muskete in die Hand nehmen müßten, dann würde vielleicht die große Mehrzahl dieser Herrchen in das Mauselloch kriechen. Dann aber wissen die Entrüstler, daß sie am wenigsten zu den Steuern zur Heereserhöhung beitragen, daß in der Hauptsache das arbeitende Volk durch die indirekten Steuern die Lasten trägt. Dabei möchte ich hier eine historische Thatfache anführen; daraus werden Sie sehen, wie diejenigen Leute, wie dieselben Leute, die jetzt in Entrüstungsrummel machen, wenn das Vaterland in Gefahr ist, sich gern abseits drücken. Es war im Jahre 1870, als wir den Krieg mit Frankreich hatten. Die Thatfache stand fest. Der deutsche Reichstag oder vielmehr der norddeutsche Reichstag wurde in den Räumen hier nebenan, im Herrenhause versammelt, und ihm eine Kriegsanleihe vorgelegt von 120 Millionen Thaler. Nicht einer im Reichstag hat gegen diese Vorlage gestimmt; der Reichstag hat also einmüthig die Mittel bewilligt, und als diese Anleihe vor das Land kam, als also die wohlhabenden und reichen Leute, aus denen ja jetzt hauptsächlich die Entrüstler sich bilden, diese Anleihe zeichnen sollten, da fehlten an der vollen Deckung der Anleihe 33 Millionen Thaler.

(Ruf: Hört! Hört!)

Die Herren waren also so „entrüstet“, daß nicht einmal die Mittel zur Vaterlandsvertheidigung aufgebracht wurden. Bis an die Tasche haben sie es mit dem Patriotismus gehalten, aber nicht bis in die Tasche hinein.

(Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, der Beweis ist leicht zu führen, daß Geld genug im Lande war. Als die Schlacht bei Sedan geschlagen war, und Deutschland nichts mehr vom Feinde zu fürchten hatte, da wurde eine zweite Anleihe von 100 Millionen verlangt. Damals, im November, habe ich gegen diese Anleihe gestimmt, weil mir des Mordens genug war.

(Uha! rechts.)

— Ja, ich habe dagegen gestimmt. Darauf haben natürlich die Kapitalisten und alle die Leute, die jetzt immer den Patriotismus gepachtet haben, diese neue Anleihe von 100 Millionen Thaler — da war also Geld vorhanden, wie auch früher, denn im Kriege vermehrt sich das Geld nicht — innerhalb drei Tagen überzeichnet. Wissen Sie, warum meine Herren? Die Zeichner steckten nämlich neben dem Patriotismus noch circa 11 Prozent in die Tasche. Das ist der Patriotismus, der auch jetzt noch im Lande herrscht.

Es handelt sich hier darum, wie auch der Herr Graf Moltke betonte: die Militärvorlage muß angenommen werden schon der Finanzkraft, der Finanzwirtschaft des Landes halber. Das Kapital soll geschügt werden.

nach außen, aber auch nach innen. Die besitzenden Elemente sollen durch den Militarismus auf ihrer Höhe erhalten werden.

Ich will dabei ein persönliches Erlebnis erzählen, welches Sie interessieren wird. — Ich war damals — ich bin vielleicht der einzige Mensch, der gegenwärtig lebt,

(Heiterkeit rechts)

— lassen Sie doch den Nachsatz mich vollenden, dann ist ja das Gelächter unnütz — der als Mitglied eines großen gesetzgebenden Körpers die Muskete in einem Kriege getragen hat. Als Offiziere sind ja wohl verschiedene Abgeordnete damals mitgewesen. Als Landwehrmann mußte ich mit nach Frankreich, und weil ich meiner innersten Ueberzeugung Genüge gethan hatte bei der Abstimmung über die Kriegsanleihe — ich erkläre dabei, daß ich bei der ersten Abstimmung im Juli, wo unter Umständen Gefahr war, für die Anleihe gestimmt hatte — weil ich also nur meiner innersten Ueberzeugung nach gehandelt hatte, mußte ich persönlich auch einen Ent-rüstungsturm aus dem Kreise Duisburg, den ich damals vertrat, aus-halten, wo die Herren sich nicht entblödeten, gewissermaßen einen Uriasbrief zu schreiben gegen mich an den König von Preußen, der in Versailles war. Ich wurde in der Adresse mehrfach Vaterlandsverräter genannt. Das sind Ent-rüstungen, auf die gewiß Niemand stolz sein kann. Dieselben zeigen eine tiefe Demoralisation, die vielfach besonders in den besitzenden Kreisen herrscht. Ich stand in Frankreich mit der Waffe gegen den Feind, als der Ent-rüstungsbrief an den König von Preußen nach Versailles ge-langte. Der Brief stand natürlich, weil ihn die deutschen Zeitungen ab-druckten, selbstverständlich auch in französischen Blättern, und ich wurde dadurch bei den Franzosen eine angesehenere Person. Wie da im einzelnen, entrüstet man sich jetzt im allgemeinen. Alle diejenigen werden zu Vater-landsverrathern gestempelt, die anderer Meinung sind als die Regierung. Das werden Sie (nach rechts) nicht billigen, das wäre anderenfalls nicht schön. Die Ent-rüsteten — ich meine nicht die parlamentarischen Parteien — das sei ferne von mir —, nämlich die Konservativen und auch die Nationalliberalen im Lande, haben in diesen Tagen mehr an Verbeugung im Volk beigetragen, als bisher es irgend eine Partei gethan hat.

(Sehr richtig! links.)

Ich habe noch eine weitere historische Erinnerung

(oh! oh!)

die vielleicht Sie noch interessieren wird. Ich bin gestern, wie ich schon jagte, eigentlich insoweit erfreut gewesen über die Rede des Herrn Reichskanzlers, als er die Russengefahr als völlig abwesend hinstellte; uns ist unsere Stellung dadurch noch mehr erleichtert worden. Aber man hat doch mehrfach in der Militärcommission hier im Hause und auch im Lande überhaupt die Russengefahr als Grund für die Annahme der Vorlage an-gegeben. Nehulich verfährt man aber immer und bei allen Fragen, wo man Mehrforderungen an den Reichstag stellt. Es ist merkwürdig, daß selbst bei der Nordostseefanalvorlage ein bißchen Drohen mit Russengefahr gespielt hat — nicht hier öffentlich im Reichstag, aber in engeren Kreisen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, die Forderung für den Nordostsee-kanal müsse rasch bewilligt werden, weil sonst die deutsche Marine nicht der vereinigte dänisch-russischen gewachsen sei. Ja, meine Herren, das ist ja richtig. Aber nun ist Rußland doch unser Freund, so daß man auch aus obigem Vorfall erfieht, daß derlei Drohungen mit Gefahren meist nur dem Verlangen entspringen, eine Vorlage durchzudrücken. Deshalb halte ich auch dafür, daß alle die Drohungen und all die jetzigen Mittheilungen über Franzosen- und Russengefahr keinen Pfifferling werth sind; ich schäze sie nur darauf hin, daß man den Reichstag dazu bringen will, gelzutippen. Diese Drohungen gelten übrigens meiner Partei nicht, sie gelten dem

Centrum und den Deutsch-Freistinnigen, und ich will hoffen, daß man sich dort durch dieselben nicht so leicht umpusten lassen wird.

Meine Herren, dabei will ich noch, wenn man immer von Nationalgefühl, Patriotismus redet, darauf aufmerksam machen, daß, obgleich damals von einer englischen russisch-dänischen Koalition gegen uns gesprochen wurde — und, ich wiederhole es, aus autoritativem Munde, soweit ich die Autorität anerkenne —, die konservative Presse in Deutschland immer das Ministerium Estrup auf den Schild erhebt gegenüber der demokratischen friedlichen Majorität des dortigen Reichstags, — denselben Estrup, der die Befestigung von Kopenhagen will, der also dadurch das eventuelle russisch-dänische Bündniß zur See für uns äußerst gefährlich macht. Dieses Ministerium wird also gelobhudelt von der ministeriellen Partei und der ministeriellen Presse bei uns, während die demokratische Majorität des dänischen Reichstags, die den Frieden will, die von keiner Befestigung Kopenhagens etwas wissen will, welche die Kriegsmittel vollkommen verweigert, von derselben vaterlandsfreundlichen Presse ausgeschimpft wird. Das ist auch so ein Stückchen von Patriotismus!

Meine Herren, ich komme nun zum Schluß.

(Bravo!)

— Ja, das mußte ich ja vorher, daß dieses Bravo kommen würde, das brauchen Sie nicht erst zu rufen.

(Zwischenruf rechts: Das kam von links!)

— Nein, von da (rechts) kam es.

Unsere Stellung zur Vorlage selbst hat meine Partei in den Kommissionsberatungen ziemlich klargestellt. Wir werden, wie dies schon mein Freund Grillenberger in der ersten Berathung gesagt hat, entgegengesetzt dem Herrn Abgeordneten Windthorst, gegen jeden Mann und gegen jeden Groschen stimmen. Und trotzdem wirft man uns in den Zeitungen in einen Topf mit dem Centrum, welches für jeden Tag und jeden Groschen

(Zwischenruf: Mann!)

— ja, für jeden Mann und gegen jeden Groschen; ich habe mich versprochen — stimmt.

Es liegen nun Amendements vor: das Amendement Stauffenberg, dann ein Unteramendement desselben Herrn Kollegen, ferner ein Antrag vom Centrum und ein Antrag von der Volkspartei von dem Herrn Abgeordneten Payer. Wir werden nun bei der Abstimmung, ob sie heute, ob sie morgen kommt, bei allen diesen Amendements, auch beim Amendement Payer, uns der Abstimmung enthalten.

(Ah!)

Wir wollen diesen häuslichen Krieg denn weiter ist es doch nichts — nicht stören; für uns ist es keine Prinzipienfrage, ob 3 Jahre, ob 7 Jahre. Aber wenn die Auflösung denn nun einmal sein soll, wie wir dies gestern aus dem Munde des gewaltigen Herrn Fürsten Reichskanzlers gehört haben, wenn es denn nun einmal sein soll, dann bin ich auch der Meinung, daß man im allgemeinen der Opposition nicht den Wahlkampf erschweren soll; denn wenn wir auch mit der Opposition, im Grunde genommen, nichts gemein haben, — lieber als Sie (rechts) ist sie mir doch.

(Heiterkeit.)

Deshalb werden wir beim Unteramendement Stauffenberg für dasselb stimmen,

(hört! hört!)

damit die Vorlage zur dritten Lesung mit den 3 Jahren zur Abstimmung gelangt. Es ist dann aber selbstverständlich — das betone ich nochmals vor dem Hause —, daß wir dann gegen die ganze Vorlage, in welcher Gestalt sie nun auch kommen möge, selbst auf die Gefahr hin, mit Ihnen (nach rechts) hier zusammenzugehen

(Heiterkeit),

stimmen werden. Dann erhält also meines Wissens die Regierung nichts, gar nichts, und dann löst sie einfach den Reichstag auf.

(Weiterkeit.)

Ich glaube, daß ich recht kalkulirt habe.

Noch will ich mir ein paar Worte erlauben. Ich habe schon gesagt, daß wir die Auflösung durchaus nicht fürchten. Dann bemerkte ich ferner, daß die ganze Vorlage meiner Partei und auch den Personen, die uns nahestehen, so vorkommt, daß sie nur das Sturmbrett sein soll, auf welchem die Reaktion immer mehr emporgehoben wird zur Völkerunterdrückung und Volksunterdrückung. Das ist der Sinn der ganzen Vorlage, und jeder Mensch, der noch Mannesmuth hat, stimmt dagegen.

(Bravo! bei den Socialdemokraten.)
